

Monatsspiegel



Dezember 2021

Januar 2022

SPD
Erlangen



Adressaufkleber

Klimaaufbruch - Handeln gegen den Klimanotstand

2019 schrieb Erlangen Geschichte. Mit den Stimmen der damaligen Ampelkoalition aus SPD, GL und FDP sowie der kleinen Oppositionsparteien ÖDP, FW und Linke einzig gegen die CSU beschloss der Stadtrat für Erlangen als erster bayerischer Stadt die Ausrufung des Klimanotstands. Verbunden damit haben wir uns verpflichtet, hier in Erlangen alles zu tun, um das Ziel der Begrenzung der Erderwärmung auf 1,5 °C einzuhalten. Gleichzeitig wurde beschlossen, eine Studie auf den Weg zu bringen, die uns aufzeigt, was hierfür getan werden muss.

Auch erging der Auftrag an die Verwaltung, gleich weitere Maßnahmen zu überlegen, die wir für den Klimaschutz in Erlangen angehen können. Zusammen mit den bereits zum damaligen Zeitpunkt erfolgten oder zumindest auf den Weg gebrachten Projekten konnte schon einiges vor dem Vorliegen der Studie erreicht werden. Als Beispiele sind hier die massive Erhöhung des Förderprogramms für Sanierung so-

wie Ausweitung auf Solarenergie und Speicher zu nennen. Die konsequente Ausstattung städtischer Gebäude mit Photovoltaik wurde auf unseren Einsatz auch damals schon eingegangen. Energiestandards erfolgten auf SPD-Antrag bereits für städtische Bauten im Regelfall auf Passivhausniveau und bei Privaten um 30 % besser als die jeweils gültige EnEV.

Ebenso auf unseren Antrag hin war Erlangen bereits Bio-Modellstadt. Im Verkehrsbereich ist der seit 2014 erfolgte konsequente Vorrang für den Umweltverbund aus ÖPNV, Rad und Fuß zu nennen mit der Stadt-Umland-Bahn (StUB) als wichtigstem Vorhaben. Den Kohleausstieg hatten wir mit den ESTW in Erlangen bereits 2020 geschafft. Generell hatten wir bereits seit 2016 das Integrierte Klimaschutzkonzept, dessen Vorschläge nach und nach bereits umgesetzt wurden.

Die ersten Schritte waren also bereits getan und wurden noch einmal deutlich verstärkt bevor die Klimanotstands-

■ **Von Dr. Andreas Richter**
Stadtrat



studie von Prof. Miosga 2020 vorlag. Entsprechend wurde uns in dieser auch bestätigt, dass die Stadt Erlangen in keinem Handlungsfeld für den Klimaschutz einen blinden Fleck hat. Die Studie zeigte jedoch ebenso klar auf, in welchen Bereichen wir noch deutlich größere Anstrengungen leisten müssen. Bei vielem müssen wir noch klar einen Zahn zulegen. Wie generell für Deutschland stellte die Studie auch für Erlangen sowohl eine Lücke in den Zielen, eine Ambitionsücke, als auch eine Umsetzungslücke fest. Nun muss es also deutlich schneller weitergehen.

Im zwischen uns als SPD mit der CSU vereinbarten Kooperationsvertrag haben wir daher die Summe von 100 Millionen Euro für zusätzliche Maßnahmen

Fortsetzung auf Seite 3

■ Termine

07.12.		Jusos: Sitzung		S. 20
07.12.	20:00	Arbeitsgruppe Monatsspiegel	digital	S. 5
08.12.	19:00	Distrikt Tennenlohe: Distriktsversammlung	Schlossgaststätte	S. 17
08.12.	19:00	Distrikt West: Distriktsversammlung	Irodion	S. 18
14.12.		Distrikt Frauenaarach		S. 17
15.12.	15:00	AG 60Plus: Jahresabschlussfeier	Thalermühle	S. 20
15.12.	19:30	AK gegen Rechts	digital	S. 20
11.01.		Jusos: Sitzung		S. 20
19.01.		Redaktionsschluss Monatsspiegel		S. 14
25.01.		Jusos: Sitzung		S. 20
27.01.	20:00	Kreismitgliederversammlung	Turnerbund	S. 3

Kontakt

Kreisverband Erlangen-Stadt
 Vorsitzende: Munib Agha und
 Sandra Radue
 Mitarbeiter: Christian Wonnerth
 Friedrich-List-Straße 5,
 91054 Erlangen
 Telefon: 09131-8126522
 Fax: 09131-8126513
 E-Mail: buero@spd-erlangen.de
 Internet: www.spd-erlangen.de
 Bankverbindung: Sparkasse Erlangen,
 IBAN DE82 7635 0000 0000 0120 05

Bürozeiten:
 Montag 12:00 bis 16:00 Uhr
 Dienstag bis
 Freitag 08:00 bis 11:30 Uhr
 sowie nach Terminvereinbarung

SPD-Stadtratsfraktion Erlangen
 Vorsitzende: Barbara Pfister
 Geschäftsführerin:
 Katja Rabold-Knitter
 Rathausplatz 1
 91052 Erlangen
 Telefon: 09131-86-2225
 Fax: 09131-86-218 1
 E-Mail: spd.fraktion@stadt.erlangen.de
 Internet: www.spd-fraktion-erlangen.de

Bürozeiten

Montag 09:00 bis 13:00 Uhr
 Dienstag 09:00 bis 13:00 Uhr
 Mittwoch geschlossen
 Donnerstag 09:00 bis 13:00 Uhr
 Freitag geschlossen

Impressum

Herausgeber
 SPD-Kreisverband Erlangen, Fried-
 rich-List-Straße 5, 91054 Erlangen
 monatsspiegel@spd-erlangen.de

Redaktion und Mitarbeit: Katharina
 Ullmann (ku, presserechtlich Ver-
 antwortliche, Anschrift wie oben),
 Lars Thomsen, Sandra Radue (sr)

Mitarbeit bei dieser Ausgabe: Ste-
 fan Barth, Monika Fath-Kelling, Hei-
 de Mattischeck, Dr. Andreas Richter,
 Mark Schuster, Eda Simsek

Druck: Gutenberg Druck und Medien,
 Uttenreuth

Auflage: 700 Stück

für den Klimaschutz in den kommenden sechs Jahren festgelegt. Das war bereits zuvor auch schon zwischen uns und der Grünen Liste vereinbart worden. Diese 100 Millionen können sich wahrlich sehen lassen im Vergleich mit anderen Städten. Z. B. kommt die von SPD und Grünen regierte Stadt München umgerechnet auf die Einwohnerzahl bei ihrem Zusatzpaket nicht einmal auf die Hälfte davon. Wohl gemerkt, es geht hier um das sehr finanzkräftige München, das in vielen Punkten zudem Vorreiter beim Klimaschutz ist.

Anfang diesen Jahres lag dann der Startschuss für den Klimaaufbruch zur Bekämpfung des Klimanotstands vor. Die Verwaltung hatte einen umfangreichen Katalog an Sofortmaßnahmen sowie in jedem Fall sinnvollen, ohne größere Vorbereitung sofort anzugehenden („No regret“) Maßnahmen vorgelegt. Diese wurden u. a. aus der Klimanotstandsstudie und aus dem umfangreichen Zielkatalog des Klimaentscheids ausgewählt. Es ist bemerkenswert, wie sehr sich die Zivilgesellschaft aus Initiativen und Umweltverbänden hier engagiert einbringt.

Zudem wurde der Ansatz des CO₂-Restbudgets als Grundlage und Steuerungsgröße für die Formulierung von Klima-Teilzielen und zur Bewertung der CO₂-Reduktionsfortschritte in Erlangen festgelegt. D. h., es wird davon ausgegangen, wie viel CO₂ anteilig Erlangen noch zur Verfügung steht, wenn man die Erderwärmung auf global 1,5 °C begrenzt. Die Klimaneutralität ist demnach für das Stadtgebiet Erlangen vor 2030 zu erreichen. Eine derart ambitionierte Zielsetzung hat sich, soweit wir wissen, bislang keine andere deutsche Großstadt gesetzt.

Gleichzeitig wurde die Erarbeitung des Fahrplans Klimaaufbruch durch ein externes Büro beschlossen.

Viele Anliegen, die wir als SPD-Fraktion schon lange haben, waren nun auch in den vorgelegten Maßnahmenkatalogen enthalten. Ein Beispiel ist die Nutzung des kompletten Potentials zur Gewinnung von Solarenergie auf städtischen Gebäuden, nicht nur entsprechend dem, was alleine zur Eigenversorgung nötig wäre. Ein weiteres wichtiges Beispiel ist die Ausweitung von autofreien Bereichen bzw. der Fußgängerzone. Der Stadtratsbeschluss zum Klimaaufbruch mit den Maßnahmenlisten ist hier nachzulesen:

<https://ratsinfo.erlangen.de/too050>.

php?_ktonr=5049075

Für uns als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist natürlich die soziale Gestaltung beim Klimaschutz besonders wichtig. Daher ist es richtig, dass auch diese explizit in den Sofortmaßnahmen enthalten ist. Die erwähnte Energiesparberatung, kostenlos für alle, aber eben auch zielgerichteter einkommensschwache Haushalte sind hier ein wichtiges Beispiel. Dazu gehört auch ein kostenloser Ersatz für stromfressende Altelektrogeräte für Menschen mit wenig Geld. Um das noch auszubauen, haben wir als SPD hierfür einen Zuschuss von 200.000 € an die ESTW veranlasst. An der ein oder anderen Stelle haben wir auch noch kleinere Verbesserungsvorschläge zu den Sofortmaßnahmen. So werden städtische Neubauten schon heute im Regelfall im Passivhausstandard gebaut. Der nun als festgeschriebene vorgesehene Mindeststandard von KfW 55 wird schon jetzt eingehalten, wenn aus speziellen Gründen kein Passivhaus nötig ist. Da bräuchten wir also, wenn es um die Zukunft geht, schärfere Regeln.

Die Vergabe des Fahrplans Klimaaufbruch erfolgte mit dem ifeu – Institut für Energie- und Umweltforschung gGmbH (ifeu) und der Green City Experience GmbH (GCX) an zwei erfahrene und renommierte Auftragnehmer. Zusammen mit der Stadtverwaltung steuern diese nun die Entwicklung eines Maßnah-

menkatalogs für ein klimaneutrales Erlangen, der mit den Bürger*innen, der Wirtschaft, Wissenschaft, Zivilgesellschaft, Politik, Verwaltung und vielen mehr im engen Austausch erarbeitet wird. Ebenso ist die Konzeptionierung und Einführung eines Klimahaushalts als Controlling-Instrument vorgesehen. Dieser soll ungünstige Entwicklungen in Bezug auf die CO₂-Äquivalent-Emissionen und Mechanismen dagegen aktivieren.

Zentral für die Erarbeitung des Fahrplans „Klima-Aufbruch“ ist eine umfassende Beteiligung von Bürger*innen und Stakeholdern. Wir müssen die gesamte Stadtgesellschaft mitnehmen, um wirksam den Klimanotstand zu bekämpfen. Daher haben wir auch in der letzten Stadtratssitzung die Einrichtung eines Bürger*innenrats für den Klimaaufbruch beschlossen. Hier sollen 25-30 Bürger*innen, die zufällig nach der soziodemographischen Zusammensetzung der Bevölkerung Erlangens modifiziert um einen überproportionalen Anteil der stärker betroffenen jungen Menschen ausgewählt werden, zur Mitarbeit am Fahrplan Klimaaufbruch gewonnen werden. Wie Erfahrungen zeigen, bringen sich gerade Menschen aus Schichten mit niedrigerem Einkommen weniger bei offenen Beteiligungsinstrumenten ein. Dem soll hiermit entgegengewirkt werden. Zusätzlich wird es für die Mitarbeit eine Aufwandsentschädigung

Kreismitgliederversammlung

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir laden Euch herzlich ein zur

Kreismitgliederversammlung

am Donnerstag, 27. Januar 2022, 20:00 Uhr
Turnerbund, Spardorfer Straße 79

oder digital, je nach pandemischer Lage
In diesem Fall erfolgen weitere Infos per Mail.

Als Tagesordnung schlagen wir Euch vor:

1. Aktuelles und Begrüßung der Neumitglieder
2. Thema: Klimaaufbruch
3. Anträge
4. Berichte aus den Distrikten und Arbeitsgemeinschaften
5. Verschiedenes

Munib Agha

Sandra Radue

geben, damit es auch für Menschen aus benachteiligten Schichten machbar ist. Konkret besteht die weitere Erarbeitung des Fahrplans Klimaaufruch für die Einhaltung des 1,5°C-Ziels aus folgenden Schritten:

1. Status-Quo-Analyse zu Ausmaß und Entwicklung der Treibhausgasemissionen sowie Definition von Reduktionsszenarien.
2. Erarbeiten einer ersten Arbeitsgrundlage für die Beteiligung der klimarelevanten Stakeholder (u. a. Wirtschaft, Wissenschaft, organisierte Zivilgesellschaft, Politik, Verwaltung und städtischen Beteiligungsgesellschaften) und Bürger*innen. Darin enthalten ist eine Handlungsstrategie mit sektoralen Teilzielen und Maßnahmen. Diese beschreibt den Transformationspfad in den verschiedenen Sektoren zur Einhaltung des 1,5°C-Ziels.
3. Ausarbeiten des Fahrplans „Klima-Aufruch“ unter intensiver Beteiligung der Bürger*innen (Bürger*innenrat) sowie der Stakeholder.
4. Öffentlichkeitswirksamer Abschluss eines städtischen Gesellschaftsvertrags. Dieser wird dem Stadtrat zum Beschluss gegeben.
5. Entwicklung und Umsetzung einer Kommunikationsstrategie mit öffentlichkeitswirksamer Kampagne und kontinuierlicher Kommunikation der Fortschritte.
6. Einführen eines Klimahaushalts als Controlling-Instrument.

Der Kickoff des Beteiligungsprozesses ist für Februar 2022 mit einem gemeinsamen Treffen von den Mitgliedern des Bürger*innenrats und der Stakeholder geplant. Der Bürger*innenrat soll sich danach an vier Nachmittagen bis Juli 2022 treffen. Die Umsetzungsphase wird schließlich mit dem Abschluss eines städtischen Gesellschaftsvertrags als Zeichen der Verbindlichkeit und Umsetzungsbereitschaft aller Beteiligten eingeleitet.

Zur Steuerung des Projekts Klima-Aufruch wurde ein Lenkungskreis eingerichtet. Die Leitung ist bei diesem entscheidendem Thema Chefsache: Den Vorsitz übernahm daher unser Oberbürgermeister Florian Janik (SPD). Vertretung ist die Umweltreferentin. Dem Lenkungskreis gehören zudem der 2. Bürgermeister, der Planungsreferent, die ESTW sowie die klimapolitischen Sprecher*innen der Fraktionen an. Die SPD-Fraktion darf ich als Sprecher für

Klimaschutz, Umwelt und Energie sowie Verkehr vertreten. Bei Bedarf werden auch Vertreter*innen aus dem Nachhaltigkeitsbeirat oder auch andere Expert*innen oder Vertretungen weiterer Organisationen eingeladen.

Während des Aufsetzens des Projekts waren OB, Stadtratsmehrheit und Verwaltung natürlich nicht untätig. In Corona-Zeiten ist Bürgerbeteiligung natürlich nochmal erheblich schwieriger. Als erste größere Aktion konnte aber bereits das Klimabudget für Stadt- und

Ortsteile umgesetzt werden. Hier konnten die Bürger*innen eigenständig Projekte und Aktivitäten für ihren Stadtteil einreichen, die dann von der Verwaltung auf Realisierbarkeit und Nutzen gecheckt und schließlich von den jeweiligen Stadt- und Ortsteilbeiräten ausgewählt wurden.

Aber auch in der konkreten Umsetzung geht es natürlich schon weiter. So haben wir inzwischen die Gründung einer gemeinsamen Gesellschaft für Photovoltaik-Freiflächenanlagen durch die ESTW

Wir gratulieren zum Geburtstag

Wir gratulieren allen Genossinnen und Genossen, die im Dezember und Januar Geburtstag feiern. Wir wünschen euch für euer nächstes Lebensjahr alles Gute!

- 05.12. Ute Missel
72 Jahre
- 06.12. Peter Wissmann
85 Jahre
- 07.12. Johannes Scholz
78 Jahre
- 14.12. Werner Karr
84 Jahre
- 19.12. Dieter Rossmeissl
73 Jahre
- 23.12. Ludwig Mühlbauer
81 Jahre
- 25.12. Robert Thaler
78 Jahre
- 26.12. Horst Frank
74 Jahre
- 31.12. Dietmar Hahlweg
87 Jahre
- 31.12. Klaus Mattischeck
82 Jahre
- 01.01. Gerd Antos
73 Jahre
- 01.01. Narendra DevPaliwal
83 Jahre
- 04.01. Ehrhard Peiberg
80 Jahre
- 05.01. Christa Matern
72 Jahre
- 06.01. Peter-Gerd Gollwitzer
75 Jahre



- 09.01. Reinhold Eckstein
73 Jahre
- 16.01. Caroline Leisgang
70 Jahre
- 18.01. Heinz Diekmann-Moeller
71 Jahre
- 18.01. Sabine Coburger
71 Jahre
- 23.01. Peter Schmidt
60 Jahre
- 24.01. Jörg Plorin
79 Jahre
- 27.01. Cornelia Kröning
60 Jahre
- 28.01. Horst Maar
80 Jahre
- 29.01. Manfred Wolter
79 Jahre

zusammen mit anderen Stadtwerken der Region auf den Weg gebracht. Auch Überlegungen und Planungen zu weiteren PV-Freiflächenanlagen im Stadtgebiet und der Region laufen.

Das nach jahrelangem Dahindümpeln unter OB Balleis und der CSU von uns ab 2014 auf ein Vielfaches erhöhtes Förderprogramm für private Investitionen in die CO₂-Minderung boomt. Auch für den kommenden Haushalt 2022 haben wir es weiter angehoben, von der Rekordsumme von 1.000.000 Euro nun auf

1.500.000 Euro für kommendes Jahr. Ein großes Handlungsfeld ist auch der Verkehr. In der Notstandsstudie kommt klar heraus, dass wir uns ein „sowohl als auch“ ökologisch nicht mehr leisten können. D. h., der Umweltverbund aus ÖPNV, Rad- und Fußverkehr muss gestärkt werden. Gleichzeitig ist es aber nötig, den motorisierten Individualverkehr stärker einzuschränken z. B. muss der Ausbau des ÖPNV, die Umsetzung des aus dem Radentscheid entwickelten Zukunftsplan Fahrradstadt mit Ein-

schränkungen beim Parken einhergehen. Mit dem neuen Parkraumkonzept, das aktuell entwickelt wird, sollen die Parkgebühren deutlich angehoben werden und eine Lenkungswirkung für das Nutzen des Großparkplatzes als Park & Ride-Platz geschaffen werden.

Dennoch ist es noch ein sehr weiter Weg zum Erreichen der Klimaneutralität, viele weitere große Schritte sind noch nötig. Diese wollen wir als SPD-Fraktion mit unserem Oberbürgermeister angehen.

Neuer Vorstand im Unterbezirk ER-ERH

Am Freitag den 12.11. fand in der Lohmühlhalle in Röttenbach der Unterbezirksparteitag mit Wahlen statt. 52 Delegierte waren dazu aufgerufen einen neuen Unterbezirksvorstand, sowie

Revisoren, eine Schiedskommission sowie Delegierte zum Landesparteitag zu wählen. Neben den Grußworten des amtierenden UB-Vorsitzenden Dirk Goldenstein, der insbesondere die enorme Aufholjagd bei der Bundestagswahl und das damit auch wiedergewonnen Mandat von Martina Stamm-Fibich lobte, und dem Röttenbacher Ortsvereinsvorsitzenden Hans-Jörg Seidl, bot sich für Martina zwischen den Wahlgängen die Möglichkeit, aus erster Hand von den Koalitionsgesprächen zu berichten. Die

Gespräche verliefen sehr professionell und vertraulich, daher sind bisher auch nur sehr wenige Zwischenergebnisse an die Öffentlichkeit gedrungen. Dies sei auch so beizubehalten, daher konnte Martina auch nicht konkret über Ergebnisse, sondern eher zum Vorgehen berichten. Nach Veröffentlichung des Koalitionsvertrages, aber vor dem kleinen Parteitag am 04.12.2021 soll es noch eine Veranstaltung zur Vorstellung und Diskussion des Vertrages im Unterbezirk kommen.

Nach den Rechenschaftsberichten und der Entlastung des Vorstandes für die vergangene Periode wurden die Neuwahlen eingeleitet. Dirk Goldenstein trat aus familiären Gründen nicht wieder für die Position des Vorsitzenden an. Als Nachfolger wurde Volker Lang aus dem Kreisverband Erlangen gewählt. In seiner Bewerbungsrede stellte er die

Wichtigkeit des Unterbezirks für die Wahlen der Region an. Es stünden Abstimmungen zur Zukunft der Stadt-Umland-Bahn sowie die Vorbereitungen für die Landtagswahl in 2023 an, die sehr



Ernst zu nehmen seien. Das Momentum der Bundestagswahl müsse genutzt werden um diese Abstimmungen ebenfalls zum Erfolg zu bringen, dies sei nur mit einem schlagkräftigen Unterbezirk möglich, der die Stärken von Stadt und Land zusammenbringt, unterschied-

liche Sichtweisen kombinieren kann und eine professionelle Organisation sicherstellt. Stellvertretende Vorsitzende bleiben Felicitas Traub-Eichhorn und Mechthild Weishaar-Glab, als Vertreter

der Kreisverbände Munib Agha und Friedrich Müller. BeisitzerInnen sind Martina Stamm-Fibich, Elke Bauer, Andreas Hänjes, Günter Laurer, Friedrich Mirle und Sandra Radue. Die Jusos werden von Thomas Voit, die AG 60+ durch Christa Matern und die AsF durch Lisa Kaufmann vertreten. Zum Kassierer wurde Günter Laurer bestellt.

Die Delegation zum Landesparteitag besteht aus Munib Agha, Sophia Waldmann, Martina Stamm-Fibich, Alexandra Hiersemann, Christian Pech und Thomas Voit. Die Schiedskommission leitet künftig Jürgen Laitner und wird vertreten von Heide Matthischeck und Peter Schmidt. Weitere Mitglieder der Kommission sind Melitta Schön, Mario Österreicher, Walter Schweigert und Gudrun Dörpholz-Friedrich.

Liebe Genossinnen und Genossen,

der Vorstand der SPD Erlangen hat sich vorgenommen, das Erscheinungsbild des Monatsspiegels zu modernisieren und zum 50jährigen Jubiläum neu aufzusetzen.

Hierzu wollen wir eine Arbeitsgruppe installieren, die sich am

Dienstag, den 7.12. um 20.00 Uhr

erstmalig treffen wird.

Bitte meldet euch bei Sandra.radue@gmx.de an, wenn ihr hier gerne mitarbeiten wollt. Ihr bekommt dann rechtzeitig den Link für das Video-Meeting.

Danke Schorsch Brugger

■ **Von Heide Mattischeck**



Das war eine einerseits denkwürdige, andererseits unwürdige Sitzung der Michael-Poeschke-Gesellschaft am 19. November. Denkwürdig deshalb, weil in dieser Jahreshauptversammlung Schorsch Brugger nach 18 Jahren unermüdlichen Wirkens für die MPG aus seinem „Amt“ entlassen und Wolfgang Peter als sein Nachfolger gewählt werden sollte. Unwürdig deshalb, weil wir im Sitzungsraum unseres Hauses bei offenem Fenster und offener Tür mit Mantel, Schal und Mütze saßen und wegen der bekannten Umstände die Sitzung so kurz als irgend möglich halten wollten.

Die Tagesordnung konnte satzungsgemäß abgearbeitet werden, wobei dieses Verfahren dem scheidenden Schorsch durchaus entgegen kam. Ist er doch in seiner langen politischen Laufbahn in verschiedenen Funktionen nie ein Freund langer Diskussionen gewesen. Selbst in seinen Juso-Zeiten in den 70er Jahren, als Sitzungen zeitlich oft ausufern, war Schorsch eher der Pragmatiker, eher der Mann der Tat als der Worte.

Seit 2013, als er das Amt des Vorsitzenden der MPG übernahm, hat er diese Funktion mit Umsicht und Weitblick ausgefüllt. In diesen 13 Jahren hat Schorsch Brugger die vielfältigen Probleme, die ein solcher Altbau und die Mieter*innenstruktur mit sich bringen, mit Kompetenz, finanziellem Sachverstand aber auch mit Herzblut angepackt



und immer Lösungen gefunden. Große bauliche Maßnahmen waren zu bewältigen. Gravierende finanzielle Engpässe, die manche schon mal an einen Verkauf denken ließen, hat er immer wieder gemeistert. Die Jahre, in denen die Büros von Bundestags- und Landtagsabgeordneten leer standen und die Mieten ausfielen, haben ihm sicher graue Haare eingebracht, aber er hat immer einen Weg gefunden, manchmal auch mit unkonventionellen Ideen. Wenn die MPG heute gut dasteht und die Heizung, die in Kürze einer Erneuerung bedarf, uns

keine schlaflosen Nächte bereiten muss, ist es in erster Linie Schorsch Brugger zu verdanken.

Die Sitzungen unter seiner Leitung waren stets gut vorbereitet, mit dem Ziel, lange und nicht zielführende Diskussionen zu unterbinden. Das gelang nicht immer – sehr zu Schorsch's Leidwesen. Ihm war es wichtig, dass es in der Sache voranging und dass die Finanzen stimmten. Nicht alle Wünsche mit finanziellen Folgen, die der Unterbezirk, die Kreisverbände und auch die Mandatsträgerinnen vorbrachten, fanden seine Zustimmung. Er erwartete einen finanziellen Deckungsvorschlag für vorgebrachte Wünsche. Doch konnte immer eine konstruktive Lösung gefunden werden.

Wir haben Schorsch Brugger viel zu verdanken. Daran sollten wir, wenn wir das August-Bebel-Haus betreten und uns dort immer auch etwas zu Hause fühlen, ab und zu denken.

Gerne hätten wir ihm einen angemessenen Abschied über die üblichen Dankesworte hinaus bereitet. Aber schon diese waren dem Schorsch beinahe zu viel – fluchtartig verließ er den Sitzungssaal. Längere Dankesreden an seine Person – das ist nicht sein Ding. Insofern war der Ablauf dieser Abschiedssitzung unserem Schorsch auch wieder gar nicht unrecht.

Im Namen aller, die von Deiner unermüdlichen und erfolgreichen Arbeit profitieren, danke ich Dir lieber Schorsch und wünsche Dir alles Gute.

Deine Heide Mattischeck

60 Jahre Deutsch-Türkisches Anwerbeabkommen

■ **Von Eda Simsek**
Statdrätin



Liebe Genoss*innen,
Am letzten Oktoberwochenende war ich als Gast im bayerischen Landtag in München bei der Bayern SPD anlässlich eines – vor allem für mich persönlich – besonderen Jubiläums: das Anwerbeabkommen, dass die Bundesrepublik Deutschland und die Türkei geschlossen haben, jährte sich am 30. Oktober zum 60. Mal! Durch dieses Abkommen sind zwischen 1961 und 1973 knapp 900.000 türkische

Gastarbeiter*innen nach Deutschland gekommen. Deshalb lud der Vorstand der Bayern SPD uns, aber vor allem auch türkische Genoss*innen mit Einwanderungsgeschichte sowie ehemalige Gastarbeiter*innen in den Landtag ein, um bei diesem Jubiläum Revue passieren zu lassen, welche Bedeutung dieser Pakt damals hatte und auch heute noch hat. Dieses Abkommen hat vor allem unser ganzes Land, aber auch mich und mein Leben stark geprägt.

Bevor ich aber von meiner persönlichen Geschichte erzähle, ist es wichtig, die Geschichte dieses Abkommens kurz zu erläutern: Warum gab es das Anwerbeabkommen überhaupt und worum

ging es? Um das Wirtschaftswunder aufrechtzuerhalten, brauchte die deutsche Industrie Anfang der 1960er Jahre dringend zusätzliche und neue Arbeitskräfte. Weil in Deutschland damals aber bereits nahezu Vollbeschäftigung bestand, stellte sich die Frage: Woher sollen eigentlich zusätzliche Arbeitskräfte kommen?

Gleichzeitig herrschte für die Bevölkerung in der Türkei eine ganz andere Situation: Die Türkei war geprägt von Finanz- und Wirtschaftskrisen mit der Folge hoher Arbeitslosigkeit, schlecht bezahlten Jobs und schlechten Arbeitsbedingungen in vielen Branchen und in weiten Teilen des Landes.

Deshalb haben beide Länder 1961 das Anwerbeabkommen beschlossen. Deutschland wollte dadurch den Mangel an Arbeitskräften in den Griff bekommen, die Türkei etwas gegen die hohe Arbeitslosigkeit unternehmen und durch die spätere Rückkehr von Gastarbeitern mit ihren erworbenen Fachkenntnissen modernisiert werden. Die Türkei erhoffte sich durch dieses Abkommen eine politische und wirtschaftliche Stabilisierung ihres Landes.

Doch hinter diesen großen politischen Entscheidungen stecken vor allem auch die ganz persönlichen Geschichten von Menschen, die gehört und gewürdigt werden müssen. Mein Vater Hayati Simsek wollte sich ein besseres Leben ermöglichen und entschied sich deshalb 1971 zusammen mit seinem Bruder nach Deutschland zu gehen und dort zu arbeiten. Sie reisten von ihrer Heimatstadt Mugla nach Istanbul, um von dort dann die weite Reise mit dem Zug nach München aufzunehmen. Dort wurden sie dann zum Arbeiten nach Karlsruhe eingeteilt, wo sie schließlich bei Autobahn-Bauarbeiten aushalfen, obwohl sie eigentlich beide gelernte Zimmermänner waren. Gewohnt haben alle Gastarbeiter*innen in Baracken, wo auch das Bild meines Vaters in diesem Artikel im Jahr 1971 entstanden ist. Mein Vater erklärte mir, dass sie nicht mal Zeit für einen schnellen Friseurbesuch hatten und er bloß deshalb so lange Haare hatte. Nach kurzer Zeit in Karlsruhe wurde er später nach Bad Cannstatt und schließlich in den Ostalbkreis nach Schwäbisch Gmünd versetzt, wo er letzten Endes in der Region geblieben ist,

um dort als Schweißer in einer Fabrik zu arbeiten.

Zu dem Zeitpunkt, wo die Gastarbeiter*innen nach und nach in Deutschland ankamen und zu arbeiten anfangen, ging niemand davon aus, dass sie länger als ein paar Jahre bleiben. Dementsprechend gab es auch keine Integrationsmöglichkeiten oder die Bestrebung nach einer Integrationspolitik. Die Gastarbeiter*innen blieben meist unter sich und hatten wenig Kontakte zu Deutschen. In den 1980er Jahren stieg

zudem die Arbeitslosenquote hierzulande auf über 9% und brachte damit große Probleme mit sich. Da war plötzlich die Rede von den „Ausländern*innen“, die den Deutschen die Arbeit wegnehmen. Rassismus und Diskriminierung



Aydan Eda Şimşek, Stadträtin in Erlangen und ihr Vater Hayati Şimşek, der 1971 mit seinem Bruder zum Arbeiten nach Deutschland kam. Das Bild entstand 1972 in Karlsruhe auf der Arbeit im Straßenbau. Edas Vater erzählt, die langen Haare hatte er, weil keine Zeit war, zum Friseur zu gehen.

>> Lest mehr zu Edas Geschichte im Text

BAYERN SPD

gering gehörten leider zum Alltag von Gastarbeiter*innen wie meinem Vater. Viele Menschen gaben ihnen das Gefühl, dass sie hier fremd und unerwünscht sind. Viel zu spät hat Deutschland erkannt, dass sie längst nicht mehr die Gastarbeiter*innen sind, die bald dieses Land verlassen werden, sondern Arbeiter*innen, die die Wirtschaft des Landes mit aufgebaut haben und mit ihrer Familie hierbleiben möchten, weil sie hier zu Hause sind. Verkannt wurden

auch die menschenunwürdigen Arbeitsbedingungen und die schlechte Bezahlung, die heute noch Auswirkungen auf das Leben meiner Familie haben. Trotz 45 Jahre harter Arbeit unter härtesten Bedingungen, reicht die heutige Rente meines Vaters kaum, um eine fünfköpfige Familie zu ernähren. Und auch die gesundheitlichen Folgen trägt er noch heute mit sich.

So wichtig und richtig es war, die Gastarbeiter*innen nach Deutschland zu holen, so muss auch hervorgehoben werden, dass diese Menschen durch schwere Zeiten gegangen sind und keine richtige Integrationspolitik durch den Staat realisiert wurde, um ihre Arbeit zu würdigen und um aufzuzeigen,

dass sie genauso ein wichtiger Teil der deutschen Gesellschaft sind. Deshalb bin ich unglaublich stolz und dankbar, dass mein Vater sich nicht von den sehr schwierigen Arbeitsbedingungen, der dürftigen Integrationspolitik oder den harten Diskriminierungserfahrungen einschüchtern ließ und sich stattdessen dazu entschied, seine Familie hier zu gründen, um meiner Mutter, meinen beiden Brüdern und mir die bestmöglichen Chancen auf ein gutes Leben zu ermöglichen.

Nicht zuletzt gilt es hervorzuheben: dieses Abkommen ist auch eine Erfolgsgeschichte. Es hat Menschen zueinander gebracht. Menschen, die sich vorher fremd waren, sind Nachbarn, Familien, Freunde geworden. Mittlerweile leben die Enkel und sogar Urenkel der damaligen Gastarbeiter*innen hier in drit-

ter und vierter Generation und bereichern Deutschland auf jede erdenkliche Weise. Anders als damals sind sie nicht mehr „nur“ als Gastarbeiter*innen in Fabriken oder im Bergbau tätig. Heute gestalten sie unser Land mit, z.B. als Ingenieur*innen, Ärzt*innen, Lehrer*innen oder wie Ugur Sahin und Özlem Türeci als Entwickler des überlebenswichtigen Corona-Impfstoffes. Durch ehemalige Gastarbeiter*innen wie mein Vater bin ich in Deutschland geboren, aufgewachsen und habe erfolgreich meinen Uni-Abschluss gemacht. Seit einem Jahr sitze ich sogar im Erlanger Stadtrat und darf aktiv die Politik mitgestalten, um diesen Menschen in Parlamenten Gehör zu verschaffen, ihre Geschichten zu erzählen und für sie Verbesserungen und Gerechtigkeit einzufordern.

Das alles ist ein echter Fortschritt zu mehr Vielfalt in unserem Land und zeigt, dass sich Integrationspolitik lohnt. Aber wir dürfen uns nicht darauf ausruhen, da noch viel getan werden muss. Rassismus und Diskriminierung haben leider nicht abgenommen und auch der Anschlag in Hanau hat gezeigt, dass wir in Deutschland noch ein ganzes Stück Arbeit vor uns haben.

Ich freue mich, dass es dieses Abkommen gab und was wir in Deutschland bis heute daraus gemacht haben. Deshalb dürfen wir nicht aufhören, die Geschichte dieser Menschen zu würdigen und für eine bessere Politik einzustehen.



Aktuelles aus dem Rathaus

Meldungen aus der Stadtratsfraktion

„Vereint in Vielfalt“

Unter diesem Motto fand unter Schirmherrschaft von Oberbürgermeister Florian Janik am 23. Oktober der 2. Erlanger Christopher Street Day statt.

Organisiert wurde er vom Erlanger Verein „Make your town queer #“ und dem Referat Queer der Studierendenvertretung der FAU, um die Sichtbarkeit von nicht-heterosexuellen Menschen und Trans- und Intersexuellen in unserer Stadt zu stärken und Gleichberechtigung einzufordern.

Die Erlanger SPD, SPDqueer Mittelfranken und die SPD-Stadtratsfraktion waren mit einem Infostand und zahlreichen Teilnehmenden vertreten. SPD-Fraktionsvorsitzende Barbara Pfister betonte in ihrem Grußwort, dass die Verteidigung der Rechte und der Würde von queeren Menschen dazu beiträgt, eine offenere und gerechtere Gesellschaft für Alle zu gestalten. „Als Sozialdemokratin und Feministin begreife ich mich als Verbündete der queeren Bewegung und stelle mich gegen Diskriminierung und Ausgrenzung“, sagte die SPD-Sprecherin für Vielfalt.



Pfister verwies darauf, dass die SPD sich als einzige Fraktion im Erlanger Stadtrat seit über 10 Jahren kontinuierlich für die Interesse der LGBTQ*-Community eingesetzt hat: Seit 2010 hat die SPD so z. B. Zuschüsse für den Verein Fliederlich e. V. beantragt, der dadurch auch in Erlangen Beratung anbieten kann, die Zuständigkeit für das Themenfeld „sexuelle Orientierung / geschlechtliche Identität“ in der Verwaltung verankert und erreicht, dass die Ausstellung „We are part of culture“ in Erlangen gezeigt wird.

„Wir wollen diese Anliegen auch in den kommenden Jahren weiter voranbringen und uns für gleiche Rechte und den Abbau von Diskriminierung engagieren“, so Pfister. „Dies ist in dieser Zeit, wo queere Menschen häufig Beleidigungen und Gewalt von Rechts ausgesetzt sind, umso wichtiger.“

Aufbruch in der Altstadt: Das „ZAM“

Seit Anfang Oktober hat sich etwas getan in der nördlichen Innenstadt: Die breite Fensterfront des ehemaligen „Greiner“ in der Hauptstraße 65-67 ist jetzt abends hell erleuchtet, und mittendrin prangt der Schriftzug „ZAM“.

Der bedeutet „Zentrum für Austausch und Machen“, aber auch wer dabei an das fränkische Kurzwort für „Zusammen“ denkt, liegt völlig richtig: Das ZAM soll ein Ort der Gemeinschaft werden für Menschen, die Ideen haben, und Menschen, die wissen, wie man Ideen in Realität verwandelt. Eine offene Werkstätten-Landschaft zum Lernen und Mitmachen – und damit ein neuer Anziehungspunkt in der Altstadt.

Im „Betreiberverein Makerspace+“, der das ZAM bespielt, sind zwei soziokulturelle Szenen zusammengeschlossen, die in den letzten Jahren schon oft von sich reden machten: Die Künstler:innengruppe „B11“ (bekannt durch ihre Pop-Up-Ausstellungen im Gemeindehaus Bayreuther Straße 11 und im alten Landratsamt) und die regionale Maker-Szene, die bereits im Palais Stutterheim, im „Ex-Teppich“ und im Ex-„Pfeiffer“ zum Mitgestalten

einlud. Für beide Gruppen hat sich nun ein lang gehegter Wunsch erfüllt: Nach einer langen Odyssee der Zwischennutzungen haben sie nun ein festes Dach überm Kopf. Und das nicht irgendwo, sondern mitten in der Altstadt, auf mehreren tausend Quadratmetern und auf mehreren Etagen – von der „Greiner“-Ladezone in der Westlichen Stadtmauerstraße (vis-à-vis mit dem E-Werk) über die Ladenfläche in der Hauptstraße bis hinten hinauf zum Altstadtmarkt. Gelungen ist das mit Hilfe der Stadt Er-

langen, die ihre überraschende Chance, das im letzten Winter frei gewordene Greiner-Haus zu erwerben, beherzt genutzt hat. Namentlich OB Florian Janik und Kulturreferentin Anke Steinert-Neuwirth hatten dabei stets im Blick, das Haus dem Betreiberverein zur Nutzung zu überantworten. Im Sommer wurde es zunächst vorübergehend angemietet, und nun ist auch die Tinte unterm Kaufvertrag trocken: Am 15. Oktober bekamen Janik, Steinert-Neuwirth sowie Finanzreferent Konrad Beugel und die ZAM-Verantwortlichen den Schlüssel offiziell von Altinhaber Kurt Greiner überreicht.

Der Verein wird das Haus von nun an stückweise sanieren. Und das sozusagen bei laufendem Betrieb, während bereits die Nähmaschinen rattern, die Metallfräsen kreischen und die 3-D-Drucker surren – denn das Jahr 2022 soll, so Geschäftsführer Jochen Hunger, das „Jahr des Machens“ werden: Über 40 erste Projektideen sind zusammengelassen bei einem Wettbewerb unter dem Motto „Post-Corona-Stadt Erlangen: Know-How teilen macht Städte stark“, für den der Verein Fördergeld vom Bundesinnenministerium einwerben konnte. Die Visionen reichen vom Kunstwerke-Verkaufsautomaten bis zur Fahrradreparaturstation, vom angeleiteten Upcycling (Flip-Flops aus Autoreifen) bis zur Mikrobrauerei.

Der Gedanke: Eine Stadt, in deren Quartieren die Menschen kleinräumig ihre Ideen und Ressourcen zusammentragen und zusammendenken, ist in schlechten Zeiten „resilient“ – und in guten Zeiten ein Ort des nachhaltigen Wirtschaftens und des inspirierenden Zusammenlebens. Und damit setzt das ZAM einen historischen Meilenstein für die Entwicklung der Erlanger Altstadt hin zu einem quirligen Kulturviertel der Ideen, der Kreativwirtschaft, des Wohlfühlens ohne Konsumdruck und der Weiterbildung für alle.

Haushalt 2022 – Weiterhin Investitionen auf Rekordniveau trotz Pandemie

Im bundesweiten Vergleich sehen die Haushaltskennzahlen in Erlangen hervorragend aus. Auch wenn die Einkommenssteuereinnahmen weiterhin krisenbedingt niedriger als sonst sind, blieben die Einnahmen aus der Gewerbesteuer während der Pandemie weiterhin sehr hoch.

2020 konnten dank Einmaleffekten 207 Millionen Euro eingenommen werden.

Der Ansatz für das laufende Haushaltsjahr liegt bei 150 Millionen Euro. Stand heute werden wir diesen um etwa 35 Millionen übertreffen. Im aktuellen Haushaltsentwurf für Jahr 2022 rechnet die Kämmerei mit Einnahmen in Höhe von 182,5 Millionen Euro. Die städtischen Investitionen sollen mit 67,9 Millionen Euro weiterhin auf Rekordniveau liegen.

Für Schulsanierungen sind 18,4 Millionen Euro vorgesehen, für Kinder- und Jugendeinrichtungen 6,5 Millionen Euro. Zur Realisierung des Zukunftsplans Fahrradstadt stehen mehr als 5,5 Millionen Euro bereit, für private Energiesparmaßnahmen 1,0 Millionen Euro und für die geplante städtische Photovoltaik-Anlage weitere 700.000 Euro.

Die Haushaltsanträge der SPD-Fraktion für 2022 finden Sie hier. Ein Sonder-RT mit ausführlichen Informationen zu den Schwerpunkten der SPD im Haushalt 2022 wird folgen.

Kommunale Verdienstmedaille für Barbara Pfister: Dank und kritische Anmerkungen

Im September erhielt Barbara Pfister die Kommunale Ehrenmedaille in Bronze. Damit wurde ihre über 25-jähriges Engagement im Erlanger Stadtrat gewürdigt.



Die SPD-Fraktion gratulierte ihrer Vorsitzenden zu dieser verdienten Anerkennung ihrer Arbeit, u. a. im Haupt-, Finanz- und Personalausschuss und im Bildungsausschuss.

Pfister kommentierte diese Auszeichnung im Anschluss durchaus kritisch: „Natürlich habe ich mich über die Kommunale Ehrenmedaille gefreut. Es ist wichtig, das kommunale Ehrenamt zu würdigen und Menschen zu ermutigen, sich in ihrer Stadt oder Gemeinde zu engagieren. Wichtiger finde ich es aber, nicht nur schöne Reden dazu zu halten,

sondern auf Ebene der Landespolitik endlich wirksam die Bedingungen zu verbessern, unter denen kommunale Mandatsträger*innen arbeiten, z. B. hinsichtlich der Ansprüche auf Freistellung gegenüber Arbeitgeber*innen. Den Gesetzentwurf, den die SPD-Landtagsfraktion dazu 2014 eingebracht, hat die CSU jedoch z. B. abgelehnt. Auch der Status der Fraktionen in Kommunalparlamenten muss meiner Meinung nach dringend rechtlich gestärkt werden, damit sich empörende Vorfälle wie die Durchsuchung des Erlanger Fraktionsbüros der Grünen nicht wiederholen.“

Anette Christian: Kluge Fürsprecherin der Senior*innen und sozial Benachteiligten

Anette Christian, Mitglied der SPD-Fraktion seit 2014, hat ihr Stadtratsmandat im Juli aus persönlichen Gründen niedergelegt.

„Wir bedauern diesen Schritt sehr und danken ihr ausdrücklich und sehr herzlich für ihr herausragendes Engagement in den letzten Jahren“, erklärt Barbara Pfister. „Anette Christian hat die Arbeit unserer Fraktion enorm bereichert, viele Anliegen von Bürger*innen aus ihrem Stadtteil Alterlangen, aus den Reihen der Senior*innen und der Menschen mit Behinderung in unsere Beratungen ein-



gebracht und eigene konstruktive Ideen und Vorschläge entwickelt.“

Christian war SPD-Sprecherin für die Bereiche Senior*innen und Soziales sowie Gesundheit, hat die Fraktion im Sozial- und Gesundheitsausschuss vertreten und war auch sportpolitisch im Stadtrat und beim TV48 aktiv. Als Vorsitzende des Seniorenbeirats der Stadt setzte sie sich mit großem Nachdruck für die Interessen älterer Menschen ein und genoss durch ihre hohe Kompetenz und die

Fähigkeit, ihre Meinung unaufgeregt und überzeugend zu äußern, Menschen einzubeziehen und Kompromisse zu finden, größte Anerkennung in der Stadtverwaltung, im Stadtrat und bei zahlreichen Organisationen und Verbänden. Auch die Städtepartnerschaften hat sie aktiv unterstützt: In San Carlos hat sie u.a. Kontakte im Gesundheitswesen begleitet und in Stoke-on-Trent tauschte sie sich mit seniorenpolitisch Aktiven zu Fachfragen aus.

Als neue Stadträtin der SPD rückt Dunja



Zaouali für Anette Christian nach.

Unsere neue Stadträtin: Dunja Zaouali Dunja Zaouali ist als Tochter einer Migrantenfamilie, die ursprünglich aus Tunesien stammt, im Schwarzwald aufgewachsen. Sie absolvierte die Ausbildung zur medizinisch-technischen Laboratoriumsassistentin im Hygiene-Institut in Tübingen. Im Anschluss studierte sie Humanmedizin an der Universität Ulm und arbeitet als Assistenzärztin im fünften Ausbildungsjahr im Klinikum Neustadt an der Aisch.

Die Mutter von zwei Kindern lebt seit 2015 in Erlangen, derzeit im Stadtsüden. Ihr gutes persönliches Ergebnis bei der Stadtratswahl verdankt Dunja Zaouali ihrem Engagement in der Islamischen Gemeinde Erlangen, wo sie mehrere Jahre lang insbesondere für die Belange der Frauen mitverantwortlich war.

„Als neues Mitglied der SPD-Stadtratsfraktion freue ich mich darauf, mich im Stadtrat in Zukunft für die Themen einzusetzen, die ältere Menschen besonders betreffen. Bei den Themen Gesundheit, Prävention und Gesundheitskompetenz kann ich zudem meine berufliche Erfahrung miteinbringen. Darüber hinaus liegt mir das Thema Integration und Akzeptanz allen Menschen gegenüber, in allen Lebensbereichen sehr am Herzen.“

Das Tierwohl in Deutschland

■ Von Stefan Barth

Tierhalter, die an der Initiative Tierwohl teilnehmen, müssen bestimmte Tierwohlkriterien umsetzen. Diese wurden von Experten aus Wirtschaft, Wissenschaft und Tierschutz entwickelt und liegen alle über den gesetzlichen Standards. Es gibt bestimmte Grundanforderungen, die jeder Tierhalter umsetzen muss und die für die Programmlaufzeit 2021-2023 noch einmal angepasst wurden. Abhängig von der Anzahl an Tieren erhält der Tierhalter ein bestimmtes Tierwohlgeld. Mit diesem soll der Aufwand für die Umsetzung der Kriterien ausgeglichen werden. Voraussetzung für Tierhalter, bei der Initiative Tierwohl zugelassen zu werden, ist die Teilnahme am QS-System. Als Qualitätssicherungssystem definiert QS strenge Herstellungs- und Vermarktungskriterien entlang der gesamten Wertschöpfungskette für frische Lebensmittel, so auch Fleisch. Im Rahmen der Kontrollen für die Initiative Tierwohl muss ein Tierhalter die Umsetzung ausgewählter Basis-kriterien aus dem QS-System z. B. zu tierschutzgerechter Haltung, Hygiene und Tiergesundheit nachweisen; für die Einhaltung dieser Kriterien verpflichtet er sich mit seiner QS-Teilnahme. Zu den obligatorischen Grundanforderungen der Initiative Tierwohl für Schweinehalter zählt der jährliche Tränkwassercheck. Dieser wird von speziell geschulten Fachexperten durchgeführt. Sie untersuchen alle Lüftungssysteme der Stallanlage und beurteilen die Luftqualität, mögliche Schadgase und Lufttemperatur. Den Tieren werden zur Befriedigung ihres Spieltriebs Spielzeuge zur Verfügung gestellt. Betriebe, die an der Initiative Tierwohl teilnehmen, müssen für ein Mindestmaß an Tageslichteinfall in den Ställen sorgen, während der Hähnchen- und Putenhalter müssen Küken von Brütereien beziehen, die QS lieferberechtigt sind. Die Haltung von Nutztieren ist eine sehr komplexe und vielschichtige Verantwortung. Damit die Tierhalter diese Verantwortung tragen können, müssen sie immer auf dem aktuellen fachlichen Stand sein und dazu regelmäßig an Fortbildungs-

maßnahmen teilnehmen. Hier werden verschiedene relevante Kenntnisse zum Beispiel zu Themenfeldern wie Haltungsmangement, Versorgung der Tiere und rechtlichen Vorgaben vermittelt. Es wäre sehr sinnvoll, wenn auch Landwirtschaftsministerin Julia Klöckner (CDU) an solchen Fortbildungsmaßnahmen teilnehmen würde.

Tierwohlgeld

Das Tierwohlgeld richtet sich nach der Anzahl der Tiere. Auch bei den Forderungen des Bauernverbandes geht es um finanzielle Unterstützung der Tierzüchter für die Umstellung der Ställe, um mehr Platz für die Tiere vorzusehen. Kastenstände sollen abgeschafft werden. Werden dabei nur die Großtierzüchter finanziell profitieren, denen das Tierwohl bisher egal war, und Bauern, die bereits jetzt große Ställe bauten, damit sich die Tiere wohlfühlen, leer ausgehen? So wie in der Landwirtschaft, wo nur die Großbauern EU-Gelder bekommen, egal ob sie die Umweltauflagen befolgen oder nicht, während die Öko-Landwirte nichts bekommen? Das muss sich bald unbedingt ändern! Momentan sind die Fleischpreise in Deutschland relativ niedrig, weil es ein Überangebot an Fleisch gibt. Das hat man auch der Vernachlässigung des Tierwohls zu verdanken. Deutschland macht Ländern, die das Tierwohl berücksichtigen, wie Dänemark, die Fleischpreise kaputt. Wir scheuen auch nicht davor zurück in Brasilien, wo Regenwald vernichtet wird, um Sojabohnen anzubauen, Soja für die Schweinefütterung einzukaufen. Weitere Folgen dieser Fleischexporte – es entsteht zu viel Gülle, die Felder werden überdüngt und das Grundwasser d. h. unser Trinkwasser durch Nitrateintrag gefährdet. Die EU-Kommission hat deshalb der Bundesrepublik eine hohe Geldstrafe angedroht, wenn weiterhin zu viel Gülle ausgebracht wird. Wer sich darüber ausführlicher informieren möchte, kann das im Bericht von Journalistin Nina Katzemich tun (Bericht vom 21. Juli 2021).

Fleisch aus Massentierhaltung

„Die Deutsche Umwelthilfe hat stichprobenartig in verschiedenen Regionen Deutschlands 62 Testkäufe durchge-

führt, jeweils 31 in Lidl-Filialen und 31 in Aldi-Filialen. Gekauft wurde Putenfleisch aus der Haltungsstufe 2 (Stallhaltung Plus), das direkt ins Labor gesendet wurde. Die Ergebnisse erschrecken: Bei Lidl war jede dritte Putenfleischprobe aus Massentierhaltung mit antibiotikaresistenten Keimen belastet! Bei Aldi war jede vierte Probe mit den Keimen behaftet. Wer sich etwa bei der Fleischzubereitung mit antibiotika-resistenten Keimen infiziert, kann schwer erkranken. Denn es kann sein, dass dann selbst die an sich hochwirksamen Reserve-Antibiotika nicht mehr helfen. Über das Putenfleisch können es multiresistente Krankheitserreger aus der Massentierhaltung bis in unsere Küchen schaffen. Das steigert das Risiko, dass Humanantibiotika unwirksam werden!

EU-Parlament stimmt gegen strengere Antibiotika Regeln

Der Bundesverband praktizierender Tierärzte startete eine Petition, um schärfere Regeln für den Einsatz von Antibiotika bei Tieren zu verhindern. Worum ging es da? Der agrarpolitische Sprecher der Grünen, der Europaabgeordnete Martin Häusling, forderte gemeinsam mit dem Umweltausschuss des EU-Parlaments, das fünf besonders wirksame Antibiotika-Gruppen künftig vor allem den Menschen vorbehalten sein und nur in Ausnahmefällen bei kranken Tieren angewendet werden sollten. Sein Ziel: Den massenhaften Einsatz von sogenannten Reserveantibiotika in der Tiermast zu verhindern. Es ging also gar nicht um des Deutschen Lieblingstiere - Hunde, Katzen, Meerschweinchen, Wellensittiche und Pferde, sondern um Schlachttiere, die zum Verzehr den Menschen angeboten werden. Denn bei Reserveantibiotika handelt es sich um Medikamente, die bei Infektionskrankheiten verwendet werden, wenn normale Antibiotika nicht mehr wirken. Sie sind sozusagen das letzte Mittel gegen multiresistente Keime. Diese Reserveantibiotika wirken beim Menschen aber nicht, wenn sich im zum Verzehr angebotenen Fleisch Resistenzen gebildet haben. Je mehr in der Tiermast Antibiotika eingesetzt werden, umso eher bilden sich Resistenzen, die dem Menschen schaden. Dass dies Tierärzte nicht einsehen wollen ist ein

Armutzeugnis. Die Mehrheit der EU-Parlamentarier lehnten den Vorstoß ab und sorgten so für einen schlechten Tag

für die Humanmedizin. Um eine Vorstellung zu haben: Im Jahr 2019 wurden allein in Deutschland

insgesamt 670 Tonnen Antibiotika an Schweine, Puten, Hühner, Rinder und andere Tiere verabreicht.

Aus dem Bauch gesprochen:

„A goude Braadworschd schmeggd a ohne Sempf..“

fränkische Weisheit

■ Von **Monika Fath-Kelling**



Und was liegt auf dem politischen Grill? Ich stochere lustlos ein bisschen im Blätterhaufen...

- Die dunkle Seite Amerikas. Infrastrukturprobleme von Onkel Sam.
- Die Inzidenz steigt erneut...Zwar wurde wissenschaftlich festgestellt, dass steigende Inzidenzwerte an sich nicht viel Aussagekraft haben, außer vielleicht als eine Art „Frühwarnsystem“ für die zu erwartende Krankenhausauslastung. Aber damit da die Zahl verfügbarer Betten publikumswirksam weiter niedrig bleibt, schließen wir weiterhin unbeirrt „nach Plan“ Krankenhäuser. Und die Zahl der Intensivbetten halten wir elastisch, offiziell „wegen Personalmangels“. Dem gegenüber glaubt man sich leisten zu können, dass es

für eine angemessene Lohnanpassung streikt oder eben gleich sich beruflich umorientiert: Maschinenpflege ist ja viiel lukrativer als Menschenpflege. Und die Politik jammert telegen: ...O weh und ach, da können wir ja leider gar nichts machen, und rudern -scheinbar hilflos- ein bisschen mit den Ärmchen....

- Äthiopien im Krieg mit sich selbst. Aha. Wie konnte das bloß passieren? Wagen die medialen Schreibsoldaten noch zu „fragen“.
- Musk fragt auf Twitter: Soll ich Tesla-Aktien verkaufen? Es sei die einzige Möglichkeit für ihn steuerpflichtig zu werden. Also Leute, auf, kauft Tesla-Aktien!! Damit der arme Mann endlich einmal Steuern zahlen darf...
- Wetten dass...? ist zurück. Auch im Showbiz müssen also die Alten wieder ran. Reaktiviert die Rentner! Oder ist das gar als subversiver Aufruf zu verstehen, endlich dem Friedrich Merz die CDU retten zu lassen weils die Alten halt irgendwie „besser

drauf haben“??

- Corona-Pandemie. Haben wir nichts gelernt? Eine Erklärung in Grafiken. Originell! Da werden die alten Grafiken von 2020 recycled und in einen wissenschaftlich längst überholten „neuen Kontext“ gestellt.
- Familie. Einer Frau stirbt der Mann zu früh weg. Mutti allein zu Haus mit zwei Kindern und der gemeinsamen Firma.... Soll in der Geschichte schon öfter vorgekommen sein. Mir fallen spontan die alten role-models Brigitte Mohn oder Aenne Burda ein...
- CDU – Parteichef? Nach dir! Keiner der derzeitigen CDU-Länderchefs hat Bock auf den Posten. Merz soll mit dem lang ersehnten „blauen Band des Frühlings“ übers Land kommen.
- Klimagipfel. Indien sieht erst einmal andere in der Pflicht zur CO2-Einsparung. Was Indien kann, nämlich andere auf die Verantwortung für das veränderte Klimageschehen hinweisen, können wir schon lang... oder eben nicht! Denn unser CO2-Abdruck pro Staatsbürger liegt weit über indischen Verhältnissen.

Lassen wir hier unsere kleine Presse-schau gut sein. (so am Morgen des 7.11., in dieser Reihenfolge, in der SZ).

Ich würde sagen diese medialen Braadworschd entsprechen keinem fränkischen Qualitätsstandard... also muss „Senf dazu“.

Freiheit und Sicherheit

■ Von **Mark Schuster**



Ohne ein Mindestmaß an Freiheit und Sicherheit ist keine Gesellschaftsbildung möglich. Umgekehrt kann es in einem Gemeinwesen weder grenzenlose Freiheit noch vollständige Sicherheit geben. Für die Politik und Gesellschaft bedeutet das, dass sie sich an den Ideen von

Sicherheit und Freiheit orientieren und zugleich in einem gewissen Maße von ihnen distanzieren sollte.

Das Verhältnis von Freiheit und Sicherheit ist wahrscheinlich ein Ewigkeitsthema. Zu ihm sind alle Fragen gestellt, die meisten allerdings höchstens vorläufig beantwortet. Solche Themen reizen, und sie ermüden zugleich. Nach neuerer Auffassung sind die grundsätzlichen Positionen recht eindeutig geklärt; erst ihre Auslegung und Anwendung in den einzelnen Sachbereichen führen zu Kon-

flikten, die von der Politik gelöst werden müssen. Daher soll am Anfang nur die Feststellung stehen: Keine Freiheit ohne Sicherheit. Keine Sicherheit ohne Freiheit.

Freiheit und Sicherheit sind kein Selbstzweck

Freiheit und Sicherheit sind nicht nur Gegensätze. Sie weisen auch manche Gemeinsamkeiten auf. Beide sind um der Menschen und der Gesellschaft willen da. Sie sind also kein Selbstzweck, sondern Vorbedingungen anderer Zwecke. Bei beiden kommt es darauf an, was man daraus macht. In diesem Sinne sind Freiheit und Sicherheit einerseits

ein individueller Zustand: Der Einzelne ist frei, ist sicher. Sie sind daneben aber auch ein gesellschaftlicher, ein politischer Zustand: Ein Gemeinwesen kann frei, kann sicher sein. In diesem Sinne ist die Beschreibung eines Individuums oder einer Gesellschaft als frei oder sicher ein gesellschaftliches Konstrukt. Freiheit und Sicherheit bestimmen individuelles und gesellschaftliches Verhalten. Unter den Bedingungen von Freiheit verhält man sich anders als unter denjenigen von Unfreiheit; unter den Bedingungen von Sicherheit verhält man sich anders als unter denjenigen von Unsicherheit. Das gilt für Menschen und Gesellschaften.

Gesellschaftsbildung setzt Freiräume voraus

Ohne ein Mindestmaß an Sicherheit ist Gesellschaftsbildung gar nicht möglich. Wer die Folgen seines Verhaltens bei anderen Menschen oder Gruppen überhaupt nicht voraussehen kann, kann mit ihnen nicht zusammenleben, kann sich mit ihnen nicht sozialisieren. Vertrauen schafft Sicherheit, und Sicherheit schafft Vertrauen.

Aber auch ein Zuviel an Sicherheit macht Gesellschaftsbildung unmöglich: Wo alles kontrolliert, alles aufgezeichnet und alles gegen den Einzelnen verwendet werden kann, kann sich gleichfalls kein Vertrauen bilden. Gesellschaftsbildung setzt also immer das Vorhandensein von Freiräumen voraus. Und wo auch Freiheit sein muss, kann keine vollständige Sicherheit sein. Der alte Gemeinplatz, wonach es in einem auf Zusammenleben angelegten Gemeinwesen keine grenzenlose Freiheit geben kann, ist also dahingehend zu ergänzen, dass es in einem solchen Gemeinwesen auch keine grenzenlose Sicherheit geben kann.

Terrorismus oft eine Folge von zu viel Sicherheit

Beide sind aufeinander verwiesen, und beide verweisen auf Grundfragen des Zusammenlebens: Was hält die Gesellschaft zusammen? Hier wirkt das komplizierte Wechselspiel und Ergänzungsverhältnis Individualität und Sozialität, von Freiheit und Sicherheit. Was treibt die Gesellschaft auseinander? Niemand darf aus der Gesellschaft mehr als nötig herausgedrängt werden. So ist etwa Terrorismus nicht selten eher eine Folge von zu viel als von zu wenig Sicherheit. Freiheit und Sicherheit sind eben keine

absoluten, sondern relative Werte. So hängt etwa die Frage, ob sich eine Gesellschaft als „sicher“ wahrnimmt, wesentlich ab

- von den in ihr relevanten Sicherheitsbedürfnissen: Diese können individuell, gruppenspezifisch und politisch unterschiedlich sein! Wer sich verwundbar fühlt, hat höhere Sicherheitsbedürfnisse. Das ist die Vulnerabilitätsfrage.

- von den in ihr wahrgenommenen Quellen von Unsicherheit: Wo sind die Bedrohungen? Welche Umstände können ein Ereignis, einen Zustand, eine Entwicklung als Bedrohung erscheinen lassen? Dies sind nicht nur Wahrnehmungs-, sondern noch viel mehr Deutungs- und Bewertungsfragen. Hier stellt sich die Risikofrage.

- von den in ihr relevanten Sicherheitsinstanzen, -funktionen und -akteuren: Dies können Institutionen (Polizei), Gruppen (peers) oder die Einzelnen selbst sein. Welches Maß an Vertrauen genießen sie? Dies ist die Copingfrage. Politik ist nicht dazu da, eindimensionale Ideen gleichsam „eins zu eins“ zu verwirklichen. Sie kann nie allein „die Freiheit“ oder „die Sicherheit“ umsetzen. Dafür gibt es viele Gründe:

- zu unscharf sind die Ideen: Welche Freiheit, welche Sicherheit ist gemeint?
- zu hoch sind die Kosten: Wer eine Idee vollständig umsetzt, muss andere vollständig unberücksichtigt lassen. Dies schafft Widerstände und politische Kosten.

- und zu hoch ist die Konkurrenz unterschiedlicher, gleichfalls berechtigter Ziele: Es gibt eben nicht nur Freiheit und Sicherheit, sondern auch Gleichheit, soziale Gerechtigkeit und den Schutz der Umwelt.

Freiheit und Sicherheit als Leitsterne für die Politik

Bildhaft lässt sich formulieren: Die großen Ideen (Freiheit, Sicherheit und andere) haben die gesellschaftliche und politische Funktion von Leitsternen. Man kann an ihnen die Richtung bestimmen, aber man kann, darf und wird sie nie erreichen. Insoweit gleichen sie dem Polarstern: Er zeigt die Richtung für die Seefahrt. Aber wenn man ihn erreicht, hat man irgendetwas falsch gemacht. Politik bedarf der Orientierung an jenen Ideen, aber zugleich eines gewissen Maßes an Distanzierung von ihnen. Konkret sind Freiheit und Sicherheit zeit-, technik-, kulturell und sozial geprägt.

Der Stand der Entwicklung auf diesen Gebieten ist geeignet, Realisierungsmöglichkeiten und -bedingungen von Freiheit zu schaffen und zu verändern. Hierfür bietet die Informationstechnik ein offenkundiges Beispiel. Ebenso sind jene Bedingungen aber auch geeignet, Grenzen und Risiken von Freiheit zu gestalten und zu verändern. Die Freiheit des einen ist oftmals die Grenze der Freiheit des anderen.

Solche Verschiebungen können sehr weit reichen. Wenn einer die Vorteile des Internets nutzen kann, können es auch andere, und zwar vielleicht auch auf Kosten des einen. So besteht die Gefahr, dass auf seine Daten oder Rechner zugegriffen wird. Auch die Schaffung technischer Bedingungen (zum Beispiel Software zur Nutzung von Online-Banking und Online-Shopping) oder die Entwicklung neuer Kulturtechniken (etwa die neue, häufig recht anonyme Kommunikation in sozialen Netzwerken) bergen die Möglichkeit des Missbrauchs.

Rolle der modernen Informationstechnologie

Hier wird die Freiheitsfrage auch zur Sicherheitsfrage. Es sind wesentlich dieselben technischen, kulturellen und sozialen Entwicklungen, die nicht nur den Stand der Freiheit, sondern auch die Möglichkeiten und Grenzen von Sicherheit determinieren. Ohne die Fortschritte der modernen Informationstechnologie gäbe es keine sekundenschnelle Massenverarbeitung von sicherheitsrelevanten Daten, ohne Internet keine Online-Überwachung. Technik ermöglicht Freiheit und begrenzt sie auch. Und Technik ermöglicht Sicherheit und begrenzt sie auch, sei es durch technische Zugriffssperren (Kryptografie); sei es durch faktische Zugriffsgrenzen, namentlich die „Ortlosigkeit“ im Netz.

Die hier vorausgesetzten Entwicklungen verlaufen nicht allein in gleichsam naturwissenschaftlichen Bahnen. Sie unterliegen zwar auch dem Stand der naturwissenschaftlichen und technischen Entwicklung und sind dadurch „determiniert“. Sie sind aber nicht allein davon abhängig. Technische Entwicklung bedarf daneben unter anderem der

- Nützlichkeit: Nur wo ein prognostizierbarer Nutzen erkennbar wird, kann sich der notwendige Aufwand lohnen;
- Rentabilität: Nur wo ein prognostizierbarer Gewinn erkennbar ist, wird

der notwendige Aufwand auch getrieben werden;

- **Sozialen Akzeptanz:** Was absehbar kulturell, sozial oder rechtlich nicht zu verwirklichen ist, lohnt den Aufwand nicht (Beispiel: Streit um Atomkraft, „Nacktscanner“ oder „Pflegeautomaten“).

Eine breite gesellschaftspolitische Debatte ist nötig

Diese und weitere Aspekte sind eben nicht nur technische Fragen. Sie stellen auch Fragen nach dem kulturellen und sozialen Selbstkonzept einer Gesellschaft, nach ihrer geistigen Verfasstheit sowie ihren Erwartungen und Potentialen an (Selbst-)Gestaltungskonzepten und -möglichkeiten. Solche Fragen sind unausweichlich. Es handelt sich um Fragen an Kultur-, Geistes- und Gesellschaftswissenschaft sowie an die Politik. Werden sie dort nicht gestellt oder

nicht beantwortet, so werden sie von Technikern, Ingenieuren oder Betriebswirten gleichsam en passant mitentschieden.

Sicherheit stellt sich nicht von selbst her. Sie muss geschaffen werden; und wer sie schafft, handelt und beweist soziale und politische Handlungsfähigkeit. Entgegen einem gerade in Deutschland verbreiteten Missverständnis gilt das für die Freiheit auch. Sie ist keine Folge gesellschaftlicher oder politischer Untätigkeit, Wahrnehmungs- oder Regelungsabstinentz, sondern muss gleichfalls immer wieder neu definiert, hergestellt und gesichert werden. Auch wer Freiheit schützt und herstellt, handelt und beweist Handlungsfähigkeit. So gesehen sind Freiheit und Sicherheit politisch nicht asymmetrisch, sondern symmetrisch. Beide fordern Engagement und können das Engagement lohnen – auch in der Politik.

individuellem Surfverhalten im Internet generieren, wenn öffentliche Plätze mit Videokameras überwacht werden oder an der Grenzkontrolle biometrische Erkennungsmerkmale (z.B. Fingerabdrücke oder Iris-Scans) erfasst und mit Fahndungsdatenbanken abgeglichen werden. Für den Anderen beginnt hier der totale Überwachungsstaat, den George Orwell in seinem Roman „1984“ beschrieben hat. Also ein Staat, der in alle privaten Lebensbereiche des Einzelnen vordringt und eine nahezu unbegrenzte Macht entwickelt, weil er alles über seine Bürger weiß.

Abwägung zwischen Werten

Die Frage nach der Akzeptanz von Sicherheitsmaßnahmen ist also davon geprägt, welche Werte wir für wichtig erachten, und wie diese Werte im Verhältnis zum Staat und seinen Institutionen stehen. Privatsphäre wurde beispielsweise vor mehr als hundert Jahren von den US-amerikanischen Juristen Samuel D. Warren und Louis Brandeis definiert als das „Recht, allein gelassen zu werden“. Vielen Menschen ist ein solcher Privatraum besonders wichtig, denn sie wollen sich nicht für ihr Verhalten, ihre Vorlieben, und ihren Lebensstil rechtfertigen. Und das geht nur, wenn sie in ihrer Privatsphäre auch wirklich allein sind. Der Philosoph Isaiah Berlin spricht in diesem Zusammenhang davon, dass der Staat die Grundlagen dafür schaffen muss, Freiheit als ein positives Recht wahrzunehmen. Die Freiheit, etwas zu tun und sein Leben so zu gestalten wie man möchte, entsteht nur dann, wenn Bürger/-innen von einer sicheren Perspektive aus handeln können. Was sollen der Staat und seine Sicherheitsbehörden also tun und lassen?

Der entscheidende Punkt ist hier eine Abwägung zwischen der Auslegung von Werten und einer angemessenen Eingriffstiefe des Staates. Wir müssen uns also fragen, welchen Stellenwert wir Werten und Rechten wie Gerechtigkeit, Gleichbehandlung, Privatsphäre und Datenschutz, Mobilität oder auch freier Meinungsäußerung beimessen, und wie diese Werte im Kontext von Sicherheitspolitik positioniert und geschützt werden können. Es ist dabei nicht einfach, eine ausgewogene Balance zu finden. Freie Mobilität für alle kann beispielsweise auch Kriminellen zugutekommen, aber wenn an Grenzen und Sicherheitskontrollen Menschen nach potentiellen (Sicherheits-)Risiken

Ethik der inneren Sicherheit

■ Von Mark Schuster



angebracht sind, um die Gesellschaft gegen unterschiedliche Bedrohungen abzusichern. Sicherheit ist also auch ein politischer Aushandlungsprozess.

Wichtiger Grund für Legitimierung des Staates

Natürlich möchte jeder in Sicherheit leben und nachts ruhig schlafen können, im Vertrauen auf den Staat und seine Institutionen, die Verbrechen verhindern oder zumindest aufklären und die Verantwortlichen vor Gericht bringen. Die Sicherung der bloßen Existenz und später die Sicherung von Eigentum und Rechtssicherheit sind in der Geschichte der Staatstheorie sogar einige der wichtigsten Gründe für die Legitimierung des Staates. Allerdings ist Sicherheit auch immer etwas, das potentiell auf Kosten von anderen gesellschaftlichen Werten entsteht. Und hier beginnen die Probleme.

Die Sicherheit des Einen ist nicht zwangsläufig auch die Sicherheit des Anderen. Was der Eine gern in Kauf nimmt, um tatsächlich oder vermeintlich sicherer zu leben, ist für den Anderen ein nicht zu akzeptierender Eingriff in seine Freiheit, Privatsphäre oder persönliche Lebensführung. Für den Einen ist es beispielsweise in Ordnung, wenn Sicherheitsbehörden personenbezogene Daten aus

Wozu brauchen wir eine „Ethik der inneren Sicherheit“? Um was ist das überhaupt? Im Folgenden wird dargestellt, warum ein unreflektiertes Sicherheitsdenken zu negativen gesellschaftlichen Folgen führen kann, und warum es wichtig ist, Sicherheit immer wieder kritisch zu hinterfragen und mit der Vorstellung von einem guten Leben und einer lebenswerten Gesellschaft zusammenzubringen. Denn Sicherheit entsteht zumindest potenziell stets auf Kosten anderer Werte.

Sicherheit kann zunächst einmal vieles bedeuten: Sicherheit vor Krieg, Sicherheit vor Kriminalität oder Sicherheit vor Terrorismus. Sicherheit kann heutzutage aber auch Lebensmittelsicherheit, Versorgungssicherheit oder Sicherheit vor den Folgen von Klimawandel und Umweltverschmutzung heißen. Entscheidend ist, dass Sicherheit nicht von alleine entsteht, sondern dass Sicherheit in einer Gesellschaft aktiv hergestellt werden muss. Es müssen dafür Entscheidungen getroffen werden, welche Maßnahmen und Schutzvorkehrungen

„sortiert“ werden, dann leidet darunter das Prinzip der Gleichbehandlung. Wenn beispielsweise Privatsphäre und Datenschutz strikt gewahrt bleiben, dann entgeht den Sicherheitsbehörden vielleicht die entscheidende Information über einen bevorstehenden Terroranschlag – aber wenn der Geheimdienst den gesamten Datenverkehr im Internet überwacht, dann fließen nicht nur sicherheitsrelevante Informationen in die Datenbanken und es entsteht ein „gläserner Bürger“.

Für diese Konflikte existieren keine einfachen Lösungen. Es wird im Gegenteil noch komplizierter – denn die Gesellschaft ist keine homogene Einheit, sondern besteht aus Individuen und Gruppen mit verschiedenen Ansichten, Standpunkten und Interessen. Und in einer Demokratie sollten natürlich möglichst alle Meinungen in die Ausgestaltung von Sicherheit auf der politischen Ebene einfließen. Das verkompliziert die Herstellung von Sicherheit zusätzlich.

Gibt es ein Recht auf Sicherheit?

Ein weiteres Problem in diesem politischen Aushandlungsprozess ist das oft zu hörende Argument, dass Sicherheit die Grundvoraussetzung für viele andere gesellschaftliche Werte sei. In den Rechtswissenschaften wird etwa seit langem diskutiert, ob sich aus dem Grundgesetz ein „Recht auf Sicherheit“ ableiten lässt, obwohl ein solches nicht explizit festgeschrieben ist. Und in der Debatte um Sicherheitsgesetzgebung hat der damalige Innenminister Hans-Peter Friedrich im Jahr 2013 Sicherheit zu einem „Supergrundrecht“ erklärt. Nur wer also sicher lebe, frei von Bedrohung sei, so die Begründung in beiden Fällen, könne sich überhaupt erst Gedanken darüber machen, sein Leben so zu gestalten, wie es ihm beliebt.

Das Gegenargument hierzu lautet, dass eine solche Priorisierung von Sicherheit alle anderen Werte überschatten würde, und dass diese dann eventuell gar nicht mehr zur Geltung kämen. Eine solche Gesellschaft würde zu einer absoluten Sicherheitsgesellschaft, in der das angesammelte Wissen von den Mächtigen zur Überwachung und Unterdrückung der Bürger/-innen und zur Kontrolle der öffentlichen Meinung genutzt werden

könnte. Zahlreiche Science Fiction-Erzählungen in der Geschichte der Popkultur, so etwa George Orwell's „1984“ oder Philipp K. Dick's „Minority Report“, haben derartige Szenarien und ihre Konsequenzen lebhaft ausgemalt.

Die Herstellung von Sicherheit ist also mit vielen Fragen verbunden, die unterschiedlich beantwortet und interpretiert werden können. Wir können jedoch grundsätzlich davon ausgehen, dass Sicherheitsmaßnahmen nicht nur Sicherheit herstellen, sondern dass diese Herstellung auch immer mit Kosten verbunden ist.

Die Kosten der Sicherheit

Kosten können hierbei tatsächlich monetäre Kosten sein. Wer genügend ökonomische Mittel zur Verfügung hat, kann sich zusätzliche Sicherheitsmaßnahmen leisten – von besseren Türschlössern, Alarmanlagen und Videokameras bis hin zu privaten Wachdiensten. Kosten können aber auch in anderen Formen entstehen, zum Beispiel in eingeschränkter Mobilität, in Ungleichbehandlung bis hin zu Diskriminierung oder in Eingriffen in die Privatsphäre, etwa in Bezug auf digitale Daten.

Tragen können diese Kosten sowohl Einzelne, ganze Gruppen oder sogar die komplette Gesellschaft. Wenn beispielsweise ein Körperscanner in der Sicherheitskontrolle am Flughafen eine Person mit einem Urinbeutel als „gefährlich“ einstuft, weil ein Objekt unter der Kleidung detektiert wurde, und diese Person dann unangenehme oder bloßstellende Nachkontrollen und Befragungen über sich ergehen lassen muss, dann betrifft dies die individuelle Ebene.

Wenn allerdings Menschen regelmäßig an der Grenzkontrolle ausgewählt, gestoppt und befragt oder durchsucht werden, weil sie gewisse Kriterien erfüllen, dann werden kollektiv ganze gesellschaftliche Gruppen diskriminiert. Gerade automatisierte Analyseverfahren von Datenbanken haben die Tendenz, Vorurteile aufgrund von bestimmten Merkmalen strukturell zu reproduzieren. Aber auch deutsche Polizeibehörden sehen sich etwa immer wieder Vorwürfen ausgesetzt, bei verdachtsunabhängigen Personenkontrollen gezielt Menschen mit dunkler(er) Hautfarbe zu kontrollieren. In einem prominenten Fall bekam etwa 2012 ein dunkelhäutiger Student vor Gericht recht, als er gegen diskriminierende Praktiken der Bundespolizei

klagte. Andere Beispiele für ein solches „Profiling“ sind, wenn Menschen aus Osteuropa oder vom Balkan mit organisiertem Verbrechen in Verbindung gebracht werden, junge Männer aus der arabischen Welt mit Terrorismus oder Fußballfans mit erhöhter Gewaltbereitschaft.

Nicht möglich ohne Kompromisse

Wer auch immer den Preis zahlt, oder den größeren Anteil an diesem Preis – die Herstellung von Sicherheit ist immer mit Kompromissen verbunden. Wenn Sicherheitsbehörden besser informiert und handlungsfähig sein sollen, dann zahlen die Bürger/-innen den Preis dafür. Die Kompromisse, wer in welcher Form mit Einschränkungen von gewissen Werten muss, lassen sich allerdings gestalten. Die Frage ist, ob der kurzfristige politische Aushandlungsprozess zwischen den verschiedenen Akteuren das alleinige Kriterium für diese Ausgestaltung von Kompromissen zwischen einem vermeintlichen „Mehr“ an Sicherheit, der Einschränkungen von Freiheiten und Bürgerrechten, und anderen, unbeabsichtigten Nebenfolgen von Sicherheitspolitik sein sollte.

Das große Ganze im Blick

Aus der Perspektive einer „Ethik der inneren Sicherheit“ (oder auch einfach: „Sicherheitsethik“) muss die Antwort lauten: nicht nur – eine ethische Betrachtungsweise kann politische Aushandlungsprozesse sinnvoll ergänzen. Die entscheidende Frage lautet dann: Sollte es bei Sicherheitsmaßnahmen nur um größtmögliche Effektivität gehen, um die Gesellschaft vor Gefahren zu schützen? Sollten gewisse gesellschaftliche Gruppen weniger Kosten tragen dürfen als andere, weil sie auf der politischen Ebene besser repräsentiert sind? Oder sollte es nicht vielmehr darum gehen, dass Sicherheitsmaßnahmen möglichst sozial verträglich und gerecht gestaltet werden? Anders gesprochen: die Ethik kann der Politik helfen, einen Schritt zurückzutreten, innezuhalten, und das große Ganze zu betrachten.

Ethik kann grundsätzlich verstanden werden als das kritische Hinterfragen und Reflektieren von gesellschaftlicher Moral. Dabei beschreibt Ethik nicht nur den Ist-Zustand, sondern gibt auch normative Empfehlungen, wie ein gesellschaftlicher Soll-Zustand aussehen könnte. Ethik stellt die Frage nach dem „guten Leben“ und versucht, diese so

Redaktionsschluss

für den nächsten Monatsspiegel

Februar 2022

19. Januar 2022

präzise wie möglich, unter der Berücksichtigung aller Rahmenbedingungen, zu beantworten und schließlich Handlungsempfehlungen zu geben. Eine Sicherheitsethik gibt also im Optimalfall Empfehlungen für eine „gute“ Sicherheitspolitik ab, die die zwingend notwendigen Kompromisse möglichst gerecht gestaltet und darauf achtet, dass Kosten annähernd gleich verteilt werden.

Gefahr der Eigendynamik

Anders formuliert lautet die Frage nach dem „guten Leben“: Wie wollen wir die Gesellschaft gestalten, damit sie lebenswert ist und bleibt? Eine solche Reflektion ist gerade in Bezug auf Sicherheit zentral. Sicherheit ist grundsätzlich ein anzustrebender Wert, kann aber schnell eine Eigendynamik entwickeln, die unkontrolliert um sich greift und dabei Bereiche vereinnahmt, die eigentlich nicht von Sicherheitspolitik betroffen sein sollten.

Ein Beispiel hierfür sind persönliche Daten. Fliegt man etwa von Deutschland aus in die USA, dann werden im Zuge des sogenannten „Passenger-Name-Record“ (PNR)-Abkommens zwischen der EU und den USA eine Menge Informationen erfasst, die auf den ersten Blick nicht viel mit Sicherheit zu tun haben – etwa die Rechnungsadresse der Kreditkarte, mit der man den Flug bezahlt hat, die Mitgliedschaft in einem Vielfliegerprogramm oder spezielle Wünsche für das Bordessen. Diese Daten werden in die USA übermittelt, noch während das Flugzeug in der Luft ist, und werden dort mit speziellen Computeralgorithmen analysiert. So versuchen Sicherheitsbehörden herauszufin-

den, ob jemand an Bord ist, den man für verdächtig hält und dann gleich bei der Einreise festnehmen kann. Der Mensch wird auf diese Art zu einem Risikofaktor umdeklariert, auf dessen Grundlage man versucht, das nächste Verbrechen, den nächsten terroristischen Anschlag oder die nächste illegale Einreise zu verhindern.

Das Problem hierbei: Sicherheitspolitik und Sicherheitsmaßnahmen versuchen, Ereignisse in der Zukunft zu verhindern, aber die negativen „Nebenfolgen“ dieser Bestrebungen werden schon in der Gegenwart spürbar. Und vor allem werden diese Nebenfolgen für manche deutlicher und direkter spürbar als für andere. Dabei müssen solche Ungleichgewichte nicht einmal beabsichtigt entstehen, sondern können unbeabsichtigte Folgen von Technologien sein, deren Wirkungen man zum Zeitpunkt der Einführung nicht vollständig abschätzen konnte. Sicherheitsethik muss also fragen: Wollen wir andere Werte, Rechte und Freiheiten einschränken, um eine ungewisse Zukunft möglicherweise sicherer zu gestalten? Und wenn ja, wessen Werte, Rechte und Freiheiten wollen wir einschränken?

Sicherheitsethik befasst sich also sowohl mit dem grundsätzlichen Status von Sicherheit als auch mit den Mitteln, die zur Erreichung dieses Status eingesetzt werden, und behält dabei das große Ganze im Auge. Ethik kann unter Berufung auf eine gerechte und lebenswerte Gesellschaft Empfehlungen für die Gestaltung von Sicherheitsgesetzgebung und für konkretes Sicherheitshandeln aufzeigen. Sicherheit gerecht zu gestalten heißt dementsprechend, dass die Kosten für die Herstellung angemessen

verteilt werden, dass niemand ungerechtfertigt diskriminiert wird, und dass Einschränkungen von anderen Werten, Rechten und Freiheiten in einem akzeptablen und zu vertretenden Rahmen bleiben.

„Leitfaden“ für Prüfung von Sicherheitsmaßnahmen

Zusammenfassend lässt sich also sagen, dass Sicherheitsethik in einem gewissen Sinne als „Leitfaden“ für die Prüfung von Sicherheitsmaßnahmen verstanden werden kann, in dem sie Fragen aufwirft nach möglichen individuellen oder kollektiven Beeinträchtigungen von Grundrechten und Werten, und nach der Verteilung von Kosten und Einschränkungen durch Sicherheitsmaßnahmen. Dabei gilt es viele Faktoren zu beachten, und viele Klippen zu umschiffen.

Ethik muss letztlich aber auch klare Grenzen aufzeigen, die durch Sicherheitshandeln oder Sicherheitstechnologien nicht überschritten werden sollten – andernfalls liefe die Gesellschaft Gefahr, danach nicht mehr das zu sein, was es ursprünglich zu schützen galt. Dabei gilt es immer wieder, den Blick von Sicherheitspolitik von der Zukunft zurück zur Gegenwart zu lenken, und zu fragen: wollen wir wirklich heute immer mehr Einschränkungen hinnehmen, nur um möglicherweise morgen etwas zu verhindern, dass unsere Sicherheit gefährden könnte? Anders gesprochen: die Lösung eines gesellschaftlichen Sicherheitsproblems sollte nicht größere Probleme verursachen als die, die es ursprünglich zu lösen galt.

Protokoll JHV Distrikt Frauenaarach am 12.10.2021

Anwesende Mitglieder: Jens Schäfer, Hartmut Wiechert, Patrick Wunderlich, Stefan Greim, Sandra Radue (nicht stimmberechtigt)

1. Begrüßung und Genehmigung der Tagesordnung

Der Vorsitzende Jens Schäfer begrüßt die anwesenden GenossInnen.

2. Aktuelles

Durch den Wegzug von Jens Schäfer

wird dieser nicht mehr als Vorsitzender kandidieren.

Sandra berichtet das es Überlegungen im Kreisvorstand gibt, die Distrikte von den organisatorischen Pflichten zu entlasten und vor Ort nur noch eine Art Stammtisch zu belassen.

Kreisverband wäre dann Ortsverein, Distrikte wären „Regionalvertretungen“ ggf. mit eigenem Budget.

In jedem Fall würde des Kreisverband den neuen Vorstand in seiner Arbeit unterstützen, Raumbuchungen könnten durch das Büro und Themen für die Sit-

Distrikt Frauenaarach

Vorsitzende:

Stephan Greim
Elisabeth Rossiter

zungen durch den Vorstand erfolgen. Es ist eine Mitgliederkampagne geplant um Neumitglieder zu werben. Im Anschluss ausgiebige Diskussion über Vor- und Nachteile von Distrikten und das weitere Vorgehen.

3. Wahl einer Versammlungsleitung

Vorschlag: Jens Schäfer
Ergebnis: einstimmig

4. Bericht des Distriktvorstands

Siehe Word als Anhang

5. Bericht des Kassiers

Bericht des Kassiers wird vorgetragen

6. Bericht der Revisoren

Kassenprüfung war ohne Beanstandung. Hartmut Wiechert hat sich sehr viel Arbeit gemacht und an dieser Stelle wird dafür gedankt.

7. Aussprache

Dem Vorsitzenden Jens Schäfer wird für seine Arbeit in den letzten Jahr gedankt.

8. Entlastung des Vorstands

Die Entlastung des Vorstands wird von Patrick Wunderlich beantragt und einstimmig angenommen.

9. Neuwahlen

9.2 Vorsitzende/r
Vorschlag: Liz Rossiter und Stephan Greim
Ergebnis: beide einstimmig
9.2.1 Stellvertreter/innen
Vorschlag: Patrick Wunderlich
Ergebnis: einstimmig
9.3 Kassier/erin
Vorschlag: Hartmut Wiechert
Ergebnis: einstimmig
9.4.1 Revisoren/innen
Vorschlag: Patrick Wunderlich
Ergebnis: einstimmig

10. Jahresplanung

10.1 Themen
Thema Nr. 1 wird die Neuausrichtung des Distrikts sein.
Themen der KMV werden zukünftig schon 1-2 Monate im Vorfeld angekündigt, damit diese im Distrikt vorbesprochen



Für jeden Kunden genau das richtige Girokonto!

direkt GIRO: Ideal für Kunden, die ihr Girokonto online oder via App führen möchten.

classic GIRO: Orientiert sich vollständig an Ihren Bedürfnissen.

mein GIRO: Kostenloses Girokonto für Kinder und junge Leute bis zum 27. Geburtstag¹.

Mit der Sparkassen-Card überall bequem bezahlen und an rund 23.500 Sparkassen-Geldautomaten in Deutschland und vielen weiteren Geldautomaten weltweit Geld abheben.

¹ Kostenlos für Schüler, Auszubildende und Studierende bis max. zum 27. Geburtstag. Stand 10/2021



sparkasse-erlangen.de/giro

chen werden können.

Haushaltsberatungen -> Munib könnte referieren welche Themen unseren Distrikt betreffen.

Grüne Schwerpunkte in Erlangen -> Andreas Richter könnte berichten

Warum sind Arbeitnehmer nicht mehr in der SPD? -> Volker Lang könnte berichten

Evtl. Koalitionsvertrag

10.2 Termine

Sitzungen (normalerweise) jeden 2.

Dienstag im Monat um 19:30.

Nächste Sitzung am 14.12

11. Verschiedenes

Ortsbeirat Frauenaurach: Querungshilfe Brückenstr. | Spielplätze | Pump-Track-Anlage Grundschule Frauenaurach
Schaukasten für Themen im Ort am Kindergarten

Jahreshauptversammlung mit Wahlen am Dienstag, 16.11.2021 beim Brückenpaulus

Folgende Wahlen wurden bei SPD Erlangen Ost durchgeführt. Anwesend waren 10 SPD-Mitglieder/-innen.

Wahl des/der neuen Vorsitzenden:

Felix Klingert (mit 10 Ja-Stimmen)

Wahl des/der stellvertretenden Vorsitzenden:

Silvia Schäfer (mit 10 Ja-Stimmen)

Wahl der/des Kassiers:

Simon Batterson-Morris (mit 10 Ja-Stimmen)

Wahl der Beisitzer/-innen:

Damjana Kapetanovitsch (mit 10 Ja-Stimmen) und

Olaf Linhart (mit 8 Ja-Stimmen)

Wahl der/des Mitgliedsbeauftragten:

Silvia Schäfer (mit 10 Ja-Stimmen)

Als Revisoren wurden gewählt:

Christopher Zwanzig und Felix Wosnitzka

In den Kreisvorstand geht Silvia Schäfer. Wir danken Sandra Radue und Munib Agha für die geleistete Arbeit in den letzten Jahren und wünschen Ihnen für die Zukunft alles Gute und viel Erfolg in der SPD. Wir sehen sie auch gerne weiter bei unseren Zusammenkünften.

■ Distrikt Ost

Vorsitzender:

Felix Klingert

SPD Distrikt Tennenlohe

Liebe Genossinnen und Genossen, wir laden Euch herzlich ein zu unserer Distriktversammlung

**am Mittwoch,
08.12.2021, 19.00 Uhr,
Ort: Schlossgaststätte,
Schlossgasse 7, Nebenraum**

Tagesordnung:

- 1) Aktuelles.
- 2) Austausch zur Situation der Bundespolitik und der Bundes-SPD.
- 3) Anregung zu einer Veranstaltung „Zukunftslabor“ mit der Friedrich-Ebert-Stiftung.
- 4) Projekt der flächendeckenden Glasfaserversorgung (Petersaurach)
- 5) Gestaltung der Homepage und Arbeitsmöglichkeit mit dem Roten Netz
- 6) Terminfestlegungen für 2022
- 7) Verschiedenes.

Für den Vorstand

Rolf Schowalter

P.S.: es gelten die gängigen Hygieneregeln aufgrund der Covid-19-Pandemie

■ Distrikt Tennenlohe

Vorsitzender:

Rolf Schowalter

Telefon: 601924

rolfschowalter@t-online.de

Protokoll der Distriktversammlung vom 10.11.2021 in Tennenlohe

Top 1: Aktuelles

Die Sitzung findet ausnahmsweise bei Willi statt. Anwesend sind sieben Mitglieder. Entschuldigt sind Andreas, Gert und Adolf.

Rolf berichtet, dass das geplante Gansessen am 21.11. um 12.00 beim Fritz stattfinden wird. Er nimmt Bestellungen entgegen und weist darauf hin, dass die 3G Regel eingehalten werden muss.

Top 2: Pläne zur Umstrukturierung der Distrikte

Rolf berichtet, dass im GKV Pläne zur Umstrukturierung der Distrikte diskutiert werden. So wird die Führung von eigenständigen Kassen in den Distrikten als unnötig angesehen. Der Vorschlag, die Distrikte in ihrer bisherigen Struktur

aufzulösen und die Weiterführung der Arbeit vor Ort in Arbeitsgruppen zu organisieren, wird lebhaft diskutiert und von den anwesenden Distriktmitgliedern mit großer Mehrheit abgelehnt. Es wird ein Antrag an die KV formuliert: „Der Distrikt Tennenlohe lehnt die im KV diskutierte Veränderung der Erlanger Distriktstruktur für sich ab. Die Arbeit im Distrikt läuft seit vielen Jahren sehr erfolgreich und schafft eine große Nähe zu den Bürgern in Tennenlohe.“ Der Antrag wird mit 6 Ja-Stimmen und einer Enthaltung angenommen. Es wird im übrigen erwähnt, dass die CSU eine funktionierende Ortsvereinsstruktur hat, während die Grünen darauf nicht angewiesen sind.

TOP 3: Aufruf zur Modernisierung des Monatsspiegels

Nach ständiger Kritik an Erscheinungsform und Inhalt des Monatsspiegels werden im Rahmen einer Umfrage Punkte für eine Modernisierung des Blattes gesucht.

Frage: „Was ist gut/schlecht am Monatsspiegel?“

Antwort: „Termine auf Seite 2 sehr wichtig – außer in der Novemberausgabe“

Antwort: „zu verkopft; manche inhaltlichen Artikel sind für Nichtakademiker unverständlich oder uninteressant“

Antwort: „Berichte aus den Distrikten geben breiten Einblick in Arbeit und Probleme anderer Distrikte“

Frage: „Veröffentlichungsform: Papier /

Online / Beides?“

Umfrage ergibt: Papier: 3 / Online: 2 / Beides/Enthaltung: 1/1

Frage: „Was vermisst Ihr?“

Antwort: mehr Info aus dem Stadtrat /Fraktion, professionelleres Layout, schärfere Fotos, Humor und Witze.“

TOP 4: Sitzbankradar

Die Stadt Erlangen bittet um Vorschläge, wo im Ortsteil noch Sitzbänke gewünscht und nötig wären. Der Distrikt stellt eine Liste möglicher Standorte zusammen, die von Rolf weitergemeldet werden sollen.

TOP 5: Altersstruktur in Tennenlohe

Aufgrund der Altersstruktur in Tennenlohe wird von kompetenter Seite der Bedarf von ca. 40 Wohneinheiten für Betreutes Wohnen und ca. 25 Tagespflegeplätzen festgestellt.

TOP 6: Verschiedenes:

- Es werden weitere interessante Artikel für den Tennenloher Boten von Distriktmitgliedern in Aussicht gestellt.
- Koko & Lore darf auf Förderung im 2. Halbjahr hoffen.

- Anmeldungen für das Gansessen werden gesammelt.

- Rolf informiert über den aktuellen Sachstand beim Thema Klimabudget Mit dem Dank an den Gastgeber für die vorzügliche Bewirtung endet die Sitzung.

Hans Hauer

■ **Distrikt West**

Vorsitzender:

Katrin Hurle

katrin9290@googlemail.com

Felizitas Traub-Eichhorn

Liebe Genossinnen und Genossen,
Wir laden euch hiermit herzlich zu unserer Weihnachtsfeier am

Mittwoch, den 08.12. ab 19 Uhr im Irodion (Damaschkestraße 59)

ein.

Leider ist derzeit unklar, ob die Weihnachtsfeier tatsächlich stattfinden kann. Entsprechende Informationen erhaltet ihr im Vorfeld über den Mailverteiler.

Solidarische Grüße,

Katrin Hurle

Treffen des Distrikts West am 27.10.2021 im Gasthof GÜthlein

Auf großes Interesse stieß das Thema

„Sozialpolitik“, dem wir uns in dieser Sitzung widmeten. Dazu waren Dieter Rosner und Frank Steigner geladen. Zunächst machte Dieter Rosner in seiner Funktion als neuer Sozialreferent der Stadt Erlangen Ausführungen zur Sozialpolitik allgemein und zu den Schwerpunkten, die er setzen will.

Einer von diesen ist die Quartiersorientierung. An diesem Punkt stieg Frank Steigner ein, der Leiter des AWO-Stadtteilprojekts Büchenbach. Er stellte die Ergebnisse einer Umfrage vor, die er gemacht hatte zur Lebenssituation in Büchenbach. Einer der beanstandeten Missstände darin war, dass es zuviel Müll gebe. Deshalb fand am 23.10.2021 eine Müllsammelaktion statt, an der sich der SPD-Distrikt West tatkräftig beteiligte.

Protokoll der Mitgliederversammlung vom 20. Oktober 2021 in der Thalmühle, Erlangen

Tagesordnung:

1. Begrüßung und Genehmigung der Tagesordnung
2. Persönliche Runde
3. Aktuelles
4. Nächste Termine - Verschiedenes

Top 1: Begrüßung durch die Vorsitzende Monika Fath-Kelling.

Top 2: Persönliche Runde

Renate:

1. Die neuen Hochhäuser des „Gebbert Carées – teilweise 9-geschossig – wurden direkt, ohne Abstand an den Bürgersteig der Gebbertstraße gebaut. Auch der Abstand zwischen den Häusern scheint sehr gering. Die neuen Bewohner werden wohl viel Straßenlärm und Stauhitze ausgesetzt sein. Wir fragen uns, ob Wohnhäuser in diesem Zusammenhang genauso gesehen werden können wie gewerblich genutzte Gebäude. Uns kommt die Dichte der Bebauung des ehemaligen SIEMENS-Audio Geländes „grenzwertig“ vor.
2. Warum soll der Sportplatz des CEG bebaut und mit einer Tiefgarage versehen werden? Das bedeutet, dass es wieder ein Stückchen Grün weniger geben wird, und, ist es noch zeitgemäß, eine Tiefgarage in die Innenstadt zu bauen? Vor 40 / 30 Jahren waren wir weiter, eine Tiefgarage unter dem Theaterplatz wurde verhindert, ebenso eine Tiefgarage unter dem Zollhausplatz, u.a. mit dem Argument, nicht noch mehr Verkehr in die Innenstadt zu ziehen.

Monika meint, dass ein funktionsfähiges KuBiC auch Parkraum brauche, der Sportplatz bliebe ja wohl erhalten, ganz egal ob Tiefgarage oder gar Hochgarage, andernorts gäbe es sogar Sportanlagen auf Dächern...

Hartmut:

1. Wer wird AG60+ demnächst im UB vertreten? Hartmut will das Amt abgeben. Monika wird Klaus-Peter Schmidt oder Christa Matern ansprechen.
2. Hartmut erhielt Flyer bezüglich „Demenztage“ vom Seniorenbeirat zum Verteilen. Die Veranstaltung war jedoch schon am Tag zuvor... Hem berichtet dazu, dass ein „Aktionstag über Depressionen im Alter“ auch

von Dreyzedern veranstaltet wird, und es dazu eine Menge Informationsmaterial gibt, das auch für 60+ von Bedeutung sei. Gäbe es eine Möglichkeit, diese Infos für AG60+ zu bekommen? Monika schlägt vor, die Unterlagen, die Hartmut bisher bekam und künftig bekommt, auch an Monika weiterzuleiten. Sie kann versuchen, diese in den 60+ Verteiler zu geben. Hem wird sich mit Dieter Rosner dazu austauschen.

Herdith:

1. Situation für Fußgänger an der Thalmühle. Hem schlägt einen weiteren kurzen Steg vor, der vom Hochwassersteg der Thalmühle beginnend, neben der Straße, auf den Fußweg der Unterführung mündet. Dazu wäre wohl die Genehmigung des Wasserwirtschaftsamt notwendig.
2. Ebenso fehlt ein Fußgängerüberweg am Adenauerring. Monika bittet Herdith, ihren bitter-süßen „Erlebnisbericht“ an Monika zu schreiben, der dann z.B. auch als Diskussionsgrundlage in den Monatsspiegel eingebracht werden könnte und -vor allem auch- an den Stadtteilbeirat West gegeben werden sollte. Insgesamt bedürften etliche Wege für Fußgänger einer Überholung.

Anton:

Ärgernis E-Skooter. Diese liegen auf Fahrradwegen, Bürgersteigen, kreuz und quer und bedeuten große Hindernisse für alle anderen Verkehrsteilnehmer. Die Kommune hat keine Möglichkeiten, dagegen vorzugehen, die Zulassung für E-Skooter war stümperhaft. Herdith berichtet von einer Regelung, sich nur per Foto des ordnungsgemäß abgestellten E-Rollers an die Betreiberplattform aus dem System ausloggen zu können.

Inge: berichtet uns ein wenig Persönliches. Kurz: Ihr fehlt das Radfahren...

Hem:

1. Die Stadt Erlangen hat den Zuschlag für das Greiner-Gelände erhalten. Das ist ein großartiger Erfolg des OB und unserer SPD-Fraktion.
2. Das Thema „Friedenspolitik“ treibt ihn am meisten um. Der AK Frieden wird einen Antrag gegen die Bewaffnung von Drohnen an den Kreisvorstand stellen. Dieser Antrag muss nochmals, auch an die neue Fraktion im Bundestag geleitet werden. AG60+, Jusos und AsF sollen diese Thematik in der Diskussion voranbringen und eine gemeinsame KMV gestalten. Voraussichtlich im Februar oder April

AG 60plus

Vorsitzende:

Monika Fath-Kelling

Telefon: 897065

kellingmo@nefkom.net

2022.

3. Hem hat Literatur bearbeitet, wie sich die Gesellschaft nach Corona weiter entwickelt (Piketty-Arbeitskreis). Monika hat ein Papier gegen Rechts erarbeitet und schickt es an Hem, es kann in der KMV Februar oder April verwendet werden.

Monika:

berichtet von der gemeinsamen Distriktsversammlung Innenstadt / Ost vom 19.10.21. Deren Diskussionsthema „Gegen Rechts-aber wie“ gewesen ist. In diesem Zusammenhang sprechen wir in der Folge über positiv oder negativ konnotierte Worte. Beispiel „Links“ und „Rechts“. Links werden meist negative Bedeutungen beigeordnet, z.B. Kindern wird beigebracht mit dem guten, rechten Händchen zu schreiben, linke Bazille usw. Rechts ist hauptsächlich positiv behaftet. Recht haben, etwas ist rechtmäßig usw. Diese positiven unterbewussten Konnotationen helfen in Monikas Augen den Rechten außerordentlich. „Links“ zu sein, bedeutet oft, „gegen etwas“ zu sein während Rechts sein sich anfühlt wie im Recht sein und rechthaben. Sie hält es für hilfreich, Begriffe auf solche Konnotationen hin zu untersuchen. In Diskussionen „Gegen Rechts“ läuft man genau wegen solcher unbewussten Gut-Böse-Zuschrei-

bungen oft gegen eine Wand. Monikas Lösungsvorschlag lautet, wir können nur über „eine Bande“ ähnlich wie beim Billardspiel, aber nicht in direkter Konfrontation, die verschiedenen persönlichen „Wahrheiten“ spielerisch aufeinandertreffen lassen. Nur wenn Polarisation und direkte persönliche Konfrontation vermieden werden, werden Menschen bereit sein verlustangstfrei ihre Standpunkte zu hinterfragen. Olaf Scholz Satz „Der Respekt in unserer Gesellschaft muss im Vordergrund stehen“, wird vortragen.

Top 3: Aktuelles

Monika wird eine Zusammenfassung der KMV vom 21.10.21 über das Thema „rechte Szene in Mittelfranken“ an die AG60plus-Runde schicken.

Top 4: Nächste Termine: - Verschiedenes

Mittwoch, 17.11.2021, 15:00 - 17:00, Ort: Thalermlühle oder AB-Haus

**Mittwoch, 15.12.2021,
15:00 – 17:00**

„Lamettasitzung“ incl. Jahresabschlussfeier.

■ **AK gegen Rechts**

Sophia Waldmann

David Kaufmann

Munib Agha

Einwahldaten:

<https://meet.spd.tools/AKSozTrafo>

Liebe Genossinnen und Genossen,
der nächste Termin für den AK gegen Rechts ist der

15.12.2021 um 19:30Uhr.

Wir treffen uns online unter dem bekannten link:

AKgegen Rechts | meet.spd.tools

Wir wollen den dann vermutlich vorliegenden Koalitionsvertrag besprechen unter den Gesichtspunkten Einsatz gegen (Rechts-)Radikalisierung, Umgang mit Verschwörungsmymen und demokratiefeindlichen Aktivitäten, Einflussnahme auf soziale Medien.

Auf eine rege Teilnahme freuen sich

Munib Agha und Claudia Butt

■ **Jusos**

Vorsitzende:

Mark Schuster

Sophia Waldmann

info@jusos-erlangen.de

Liebe Jusos,
im Dezemeber 2021 und Januar 2022 treffen wir uns als Jusos und bereden folgende Themen:

- 07.12.: Bürger*innenversicherung

- 11.01.: Asyl und Migration

- 25.01.: Asyl und Migration

Aufgrund der pandemischen Lage ist noch unsicher, ob die Sitzungen in Präsenz oder im digitalen Raum

stattfinden. Weitere Informationen und einen möglichen Einwähl-Link oder Adresse der Präsenzsitzung geben wir natürlich auf Slack oder per Mail bekannt.

Für unsere Sitzungen hoffen wir wie immer auf eine rege Beteiligung sowie eine gute, konstruktive Diskussion.

Euer Vorstand